

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 18. August. Seine Majestät der König sind heute früh zur Truppen-Inspektion bei Wittenberg abgereist und kehren von dort heute Mittag zurück.

Berlin, 19. August. Se. Majestät der König haben Allerhöchstdiät ge-
ruht: Dem ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Univer-
sität zu Greifswald, Hofrath Dr. Schultze, den Charakter als Geheim-
Medizinal-Rath; und dem Gutmacher Casimir Tavan zu Berlin das
Präsidat eines königlichen Hof-Putzmachers zu verleihen; ferner den nachbe-
nannten Offizieren die Erlaubnis zur Anlegung der von des Königs von
Schweden und Norwegen Majestät und des Fürsten zur Lippe Durchlaucht
ihnen verliehenen Orden z. zu ertheilen, und zwar: Des Kommandeurkreuzes
vom Norwegischen Orden des heiligen Olaf: dem Chef des Generalstabs
des 2. Armee-Korps, Obersten von Panenfeld; des Ritterkreuzes des
genannten Ordens: dem Premier-Lieutenant von Buddenbrock vom Ki-
rassier-Regiment Königin (Pommerschen) Nr. 2, kommandirt als Adjutant
bei dem General-Kommando des 2. Armee-Korps, und dem Sekonde-Lieute-
nant Freiherrn von Rosenburg vom Garde-Kirassier-Regiment; des
Ritterkreuzes des Schwedischen Ordens: dem Major von Voigts-
Rhetz vom 5. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 42, und der Kaiserlichen
Militär-Verdienst-Medaille: dem Hauptmann und Kompagniechef Stöcken
vom 3. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 14.

Der bisherige Privatdozent an der königlichen Universität zu Königs-
berg, Stadtrichter Dr. C. E. Güterbock, ist zum außerordentlichen Pro-
fessor in der juristischen Fakultät der gedachten Universität ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

München, Montag 18. August. Der Ausschuss des
deutschen Handelstages hat folgende Tagesordnung fest-
gestellt: Antrag auf Fortbestand des Zollvereins und auf
Erweiterung desselben. Oestreichs Zolleinigungsvorschläge,
Prüfung des Handelsvertrages mit Frankreich.

Der Sprachenstreit in der Provinz Posen.

IV.

Es ist gelegentlich und zuletzt noch wieder bei Berathung der v. Kocz-
rowskischen Petition im Herrenhause bestritten worden, daß der §. 143 der
Verordnung vom 9. Feb. 1817 einen allgemeingültigen Grundsatz für den
gesamten Gerichtsverkehr aufstellen wolle; man möchte seine Bedeutung
auf das prozessualische Gebiet beschränken, außerhalb desselben ihm aber
alle Bedeutung absprechen. Bestreiten kann man freilich alles Mögliche.
Jedem, der in der Sprache der preussischen Gesetzgebung auch nur ein-
mal zu buchstabiren angefangen hat, wird der oberflächlichste Blick das
Gegentheil ergeben. Die allgemeingültige Bedeutung des §. 143 folgt aus
evidenz nicht minder aus dem Wortlaut, der sich auf keine einzelne Seite
des Gerichtsverkehrs, folglich auf den gesamten Gerichtsverkehr bezieht,
wie aus seiner Stellung in der Reihenfolge der Paragraphen und Mar-
ginalien; ihm erst folgen die Specialbestimmungen und zwar zuerst für
die geschäftliche Korrespondenz der Gerichte unter einander, dann für den
Proceß, demnach für die freiwillige, endlich für die kriminelle Gerichts-
barkeit. Dieser Punkt, der Mangel jeder äußeren und inneren Verbin-
dung des §. 143 mit den Specialbestimmungen für den Proceß, ist der
entscheidende. Aus dem Gebrauch des Wortes „Parteien“ läßt sich gar
nichts schließen. Wenn der Ausdruck zweifellos im eigentlichen Sinne
auch der übliche für die prozessualischen Beziehungen der Gerichte zu den
Privatpersonen ist, in der freiwilligen und Strafgerichtsbarkeit aber ge-
wöhnlich nicht angewandt wird, so ist es doch ebenso zweifellos Thatsache,
daß in Folge des Uebergewichts der prozessualischen Beziehungen über alle
anderen der Ausdruck „Partei“ in der Gesetzesprache auch die weitere
Bedeutung erhalten hat, daß man unter ihm das rechtsuchende Publikum
überhaupt den Gerichten in ihrer ganzen Thätigkeit generell gegenüber-
stellt.

Schwieriger und von unendlich größerer Wichtigkeit ist die Frage,
wie nach jenem Grundsatze nunmehr die Grenzen des gesetzlich statuirten
subsidiären Gebrauchs der polnischen Sprache als gerichtlicher Geschäfts-
sprache gesteckt werden sollen. Das Gesetz giebt für diese Grenze als
Richtschnur „das Bedürfnis“ der Parteien, und während die An-
hänger des polnischen Nationalitätsprinzips und der absoluten Gleichbe-
rechtigung beider Sprachen es in die Autonomie jedes Einzelnen gestellt
wissen wollen, ob für ihn der Gebrauch der polnischen oder deutschen
Sprache Bedürfnis, verlangen die Vertheidiger der Legalität und der nur
subsidiären Geltung der polnischen Geschäftsprache, daß das fragliche
Bedürfnis, wie jedes andere thatsächliche Requirat eines Gesetzes, von dem
zur Anwendung des Gesetzes allein berufenen Richter objectiv festgestellt
werde. Offenbar waltet hier eine Anomalie ob. Diese Anomalie liegt
aber nach unserer Ueberzeugung nicht im Gesetz, nicht in seiner Deutung
nach der einen oder anderen Alternative hin, sondern lediglich darin, daß
die Frage des Bedürfnisses überhaupt strittig werden könnte, und dieser
Streit in der Praxis, in dem Rechtsverkehr selbst Dimensionen von er-
heblicher Bedeutung angenommen hat.

Wie und wann ist der Streit entstanden? Als die Verordnung vom
9. Februar 1817 erging, war das polnische Sprachelement das bei Wei-
tem überwiegende in der Provinz. Die preussische Regierung hatte über-
dies eine Menge polnischer Gerichtsbeamten übernommen, und die gleich-
mäßige Kenntniß beider Sprachen war bei den Gerichtsbeamten die
Regel. Man konnte überall faktisch voraussetzen, daß die Bevölkerung
polnischer Nationalität auch nur ihre Muttersprache verstehe und spreche,
und es fehlte bei dieser von selbst gegebenen präponderirenden Anseh-
nung der polnischen Geschäftsprache den Gerichtsbehörden jedes Interesse
und jede Veranlassung, es zur Contestation im einzelnen Falle zu bringen,
ob die polnisch sprechende Partei nicht vielleicht auch eben so gut deutsch
spreche und verstehe. Damals konnte ein Streit über den Umfang des
fraglichen Bedürfnisses nicht wohl entstehen; das Bedürfnis machte sich
von selbst kategorisch genug geltend. Als dann später die deutsche Kultur
in der Provinz ihre natürliche Herrschaft immer weiter ausdehnte, die

Zahl der rein deutschen Gerichtsbeamten wuchs, die Kenntniß der deut-
schen Sprache in den gebildeteren Schichten der polnischen Bevölkerung
sich immer allgemeiner befestigte, mußte ebenso von selbst das Bedürfnis
des Gebrauchs der polnischen Geschäftssprache schwinden. Die deutsche
Geschäftssprache wurde die Regel, sie war die Muttersprache der Beam-
ten, und wo man ausnahmsweise noch mit nur polnisch redenden Par-
teien zu thun hatte, vermittelte sich der sprachliche Verkehr immer aus-
schließlich durch das schwerfällige und unsichere Hilfsmittel der Ver-
dolmetschung. Das sachliche Interesse der Gerichte ebenso wie der
Parteien trieb unter normalen Verhältnissen mit zwingender Gewalt
dahin, dieses von der Verordnung vom 9. Februar 1817 mit Stillschwei-
gen übergangene Hilfsmittel der Verdolmetschung, soweit irgend möglich,
ganz entbehrlieh zu machen. Die Folge war, daß im Gerichtsverkehr fast
nur noch deutsch gelaugt, verfügt, verhandelt, entschieden wurde, und ein
polnisches Aktenstück zu den Kuriositäten der alten Zeit gehörte. Auch
damals war noch nicht viel Streit über das Bedürfnis. Noch waltete
so viel Unbefangenheit und gegenseitige Toleranz in dem Verkehr unserer
Gerichte mit der Bevölkerung, noch überragte die vernünftige Anschauung,
daß dieser Verkehr sich nicht zum Tummelplatz für nationale Parteiun-
gen eigne, daß die Sprache auch für den Gerichtsverkehr nur das Mit-
tel der Verständigung, und daß es vor Allem im Interesse der Parteien
liege, sich mit dem Richter in seiner Sprache ohne das unheilvolle Me-
dium eines Dolmetschers zu verständigen. — Da trat die nationale
Bewegung der letzten Jahre ein und nunmehr erst zugleich mit ihr eine
vollkommene Störung der gerichtlichen Verkehrsverhältnisse, der münd-
lichen wie der schriftlichen. Wo die deutsche Geschäftssprache die längste
Zeit ungestört in Uebung gewesen, wurde mit einem Male ihre fernere
Anwendung verweigert. Zahllose Verfügungen in deutscher Sprache er-
hielten die Gerichte mit Protest zurück, obwohl sie von denselben Leuten
bisher ohne Anstand angenommen, verstanden und in deutscher Sprache
beantwortet worden waren. Ueberall wurde plötzlich der Gebrauch der
polnischen Geschäftsprache kategorisch verlangt, nicht, weil man das
Deutsche plötzlich verlernt habe, sondern als ein nationales Recht der Ge-
burt. Und wenn man in jedem einzelnen Falle dieses Recht ausreichend
gewahrt zu haben glaubte, den Richter gezwungen hatte, ohne Noth durch
einen Dolmetscher zu verhandeln, ein deutsches Protokoll ins Polnische
umschreiben zu lassen, dann ließ man wohl wie zur Verhöhnung des nach-
giebigen Richters das polnische wieder fallen und unterhielt sich sehr flie-
hend in deutscher Sprache. Solcher Anarchie der sprachlichen Zustände
gegenüber mußten die Gerichte endlich sich genöthigt sehen, Gesetz, Regel
und Ordnung wieder zur Geltung zu bringen. So wie man aber über-
haupt an die Prüfung der Frage herantrat, welche objektive Grenze das
Gesetz für den subsidiären Gebrauch der polnischen Geschäftsprache
setzte, wie das Bedürfnis zu bestimmen sei, dann konnte es keinen An-
genblick zweifelhaft sein, daß der Richter allein, niemals aber die Willkür
der Partei dazu berufen sei, wie die gerichtlichen Formen überhaupt, so
auch die Form der Geschäftsprache und die Grenzen des gesetzlichen Be-
dürfnisses für die Anwendung der einen oder anderen Sprachform zu
bestimmen. Die Schwierigkeiten einer derartigen objektiven Feststellung
des Bedürfnisses, des vorhandenen Maßes von Kenntniß und Verständ-
nis einer Sprache sind unverkennbar, und Härten in der Anwendung
dabei unvermeidlich. Die Schuld tragen aber nicht die Gerichte, sondern
diejenigen allein, welche eine so anomale Situation hervorgerufen haben,
daß die Gerichte es nicht mehr dem gewissenhaften Urtheil des Einzelnen
überlassen können, ob für ihn die polnische Geschäftsprache Bedürfnis,
sondern daß sie gegenüber sich breit machenden willkürlichen Tendenzen
sich im Interesse der Legalität der unerspriesslichen Pflicht unterziehen
müssen, mißtrauisch gegen die Wünsche, Neigungen und das Belieben des
Einzelnen das Vorhandensein des Bedürfnisses selbst zu prüfen, und da-
nach die Sprachform zwangsweise vorzuschreiben.

Deutschland.

Preußen. 2. Berlin, 18. August. [Die Wiener Konfe-
renzen; zur Marine.] Wenn in östreichischen oder von Wien aus
inspirirten Blättern der bekannte Antrag der Wiener Konferenzstaaten in
der Bundestagsitzung vom 14. d. Mts. als das gemeinschaftliche Re-
sultat vorher erzielter vollständiger Einigung dargestellt wird, so ist eine
solche Auffassung der Sachlage nur sehr ungenügend zu verstehen. Schon
der Umstand, daß der für den Plan zur Errichtung eines Bundesgerichts
u. s. w. schon seit langer Zeit gewählte Ausschuss mit Formulirung eines
Entwurfes betraut ist, weist darauf hin, daß man in Wien sich unter-
einander über einen bestimmten und detaillirt ausgearbeiteten Plan nicht
zu verständigen vermochte. Um etwas in der Sache zu thun und die mit
so großem Geräusch angekündigten Konferenzen nicht von vornherein dem
Fluche der Lächerlichkeit unterliegen zu lassen, ergriff man den Nothbehelf,
jenen Ausschuss gleichsam durch eine Art Excitatorium an Erledigung der
ihm übertragenen Sisyphusarbeit zu erinnern und bei dieser Gelegenheit
die Sache mit dem Beiwort und Flitterstaub der Delegirtenversammlung
zu verbrämen. Zugleich fügte Oestreich, um wenigstens nicht ganz mit
leeren Händen vor dem zu blendenden deutschen Publikum zu erscheinen,
einen selbstständigen Entwurf zur Konstituierung eines Bundesgerichts
hinzu, der ebenso lebensunfähig ist, wie es seiner Zeit das
Bundesvertragsgericht von 1834 war. Aus den Bestimmungen
dieses Nachlasses der berückichtigten geheimen Wiener Konferenzen sowie
aus Bestimmungen über die Bundes-Austragalsinstanz vom 16. Juni
1817 und späterer Bundesbeschlüsse, z. B. desjenigen vom 15. Septem-
ber 1842, ist dieser östreichische Entwurf in Eile zusammengeleimt und
mit allerlei Schnörkeln umhängt. Schon hat Sachsen, wie bekannt,
einen davon bedeutend abweichenden Antrag gestellt, der das Bundes-
gericht, im Gegensatz zu dem Vorschlage Oestreichs, völlig vom Bun-
destage und vom Bundesbeschlüssen unabhängig konstituiert wissen will,
während Württemberg den ganzen Plan des Bundesgerichts nicht befön-
dets genießbar findet, dafür aber die Delegirtenversammlung mit bedeu-
tend erweiterter Kompetenz auszustatten für geboten erachtet. Kurz, von

einem Einverständnis unter den Antragstellern ist keine Rede, und so
läßt sich schon aus diesem Grunde, ganz abgesehen von der Erklärung
Brenkens, voraussagen, daß das neueste Reformprojekt so zu sagen in
den Brunnen fallen wird, eine Art des Schicksals, um welches die deutsche
Nation schwerlich in sonderliche Trauer gerathen wird. — In der vorbe-
reitenden Sitzung der Marine-Kommission hatte bekanntlich der Kriegs-
und Marineminister von Noen einen Gründungsplan für unsere Ma-
rine in allgemeinen Zügen entwickelt, der namentlich des finanziellen
Punktes wegen in der Kommission beanstandet wurde, so wenig dieselbe
im Uebrigen die Zweckmäßigkeit des Planes selbst in Abrede zu stellen
vermochte. Wie ich höre, sind inzwischen neue Anträge von Seiten
Hamburgs und Bremens behufs Wiederaufnahme der Verhandlungen
zur Vereinbarung einer Flotten-Konvention hierher gelangt. Die ge-
dachten Hansestädte scheinen Angesichts der voraussichtlichen Resultat-
losigkeit der Arbeiten der Küstenvertheidigungs-Kommission um so gewis-
ser zu der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer deutschen Flotte
unter Preussens Führung durchgedrungen zu sein. Zunächst werden nun
jene Vorschläge geprüft werden müssen, und hoffe ich später in der Lage
zu sein, Ihnen Näheres darüber mittheilen zu können.

[Berlin, 17. August. [Vom Hofe.] Die Königin ver-
läßt morgen Karlsruhe und geht zur Kur nach Baden-Baden. Die
Königin Wittve folgt morgen einer Einladung des sächsischen Hofes und
geht nach Schloß Pillnitz. Die hohe Frau fährt früh von Potsdam nach
Großbeeren, wo sie der nach Dresden gehende Schnellzug aufnimmt.
Für den Besuch auf Schloß Pillnitz sind 14 Tage bestimmt und will
alsdann die Königin Elisabeth nach Sanssouci zurückkehren. — In un-
seren Kirchen wurde heute für die glückliche Entbindung der Frau Kron-
prinzessin ein Dankgebet gesprochen. Das Befinden der hohen Wöchnerin
und des kleinen Prinzen ist fortwährend erwünscht. Der König hat bis-
her täglich Besuche im Neuen Palais gemacht und ebenso auch die Kö-
nigin Wittve. — Das 1. Ostpreussische Grenadierregiment, dessen Chef
der Kronprinz ist, hat aus Königsberg eine Deputation hierher geschickt,
um den hohen Chef zur Geburt seines zweiten Sohnes zu beglückwünschen.

[Berlin, 18. August. [Vom Hofe; Verschiedenes.]
Nachmittag 2 Uhr wollte der König sich zum Schießen des 1. Garde-
regiments nach Potsdam begeben, gab aber die Fahrt auf, nachdem ge-
meldet war, daß dies Schießen wegen des Regenwetters verschoben wer-
den müsse, besuchte Abends das Schauspielhaus und fuhr erst nach dem
Schlusse der Vorstellung nach Schloß Babelsberg. Se. Majestät wird
von hier aus am Mittwoch früh nach Kritz gehen. Das Dejeuner,
welches nach beendeter Truppenbesichtigung zu Kritz auf dem Bahn-
hose Zernitz stattfindet, geben dem Könige die Stände der Ost-Preignitz.
— Der Kronprinz und der Prinz Karl wohnten heute dem Feldmanöver
mit markirtem Feind bei, welches in der Umgegend von Pankau zur
Ausführung gelangte. — Das Blicherdenkmal ist schon seit langer Zeit
mit einer Bretterwand umschlossen und mit einem hohen Giebel umgeben.
Wie ich heute gehört, sind am Piedestal die unteren Bronzeplatten der-
gestalt vom Wyd angegriffen, daß es nöthig erscheint, zur Herstellung
des Postaments die Statue auf einige Zeit herunterzunehmen.

Gestern Nachmittag veranstaltete der Aeronaut Regenti von dem
Platz im Thiergarten aus eine 53. Luftfahrt. Seine Begleiter waren
der Schriftsteller Hans Wachenhusen und der Lehrer der Naturgeschichte
Dr. Pletschner. Der Andrang zu diesem Schauspiel war ein gewaltiger
und mit großer Aufmerksamkeit sah das Publikum der Füllung des Bal-
lons zu. Ein großes Interesse bewies dasselbe auch den beiden Beglei-
tern, welche sich in der Nähe des Ballons aufhielten. Beide waren auf-
fallend bleich und man wollte an ihnen eine gewisse Nervenstörung ent-
decken, obgleich man sich erzählte, daß Dr. Pletschner schon im Jahre
1858 am 2. Juli mit dem 18jährigen Luftschiffer Berg eine Luftreise
unternommen hatte. Der Ballon ging prächtig in die Höhe, nahm an-
fangs seinen Flug über unsere Stadt, schlug dann aber plötzlich eine ganz
andere Richtung und zwar nach Italien zu ein. Dort senkte er sich Abends
1/8 Uhr, nachdem er etwa eine Höhe von 11,000 Fuß erreicht hatte.
Der Anker wurde ausgeworfen, verlagte aber seinen Dienst und die Gon-
del wurde mit ihren Insassen nahezu eine Viertelmeile fürchterlich ge-
schleift. Da blieb endlich der Ballon an der Hamburger Bahn in den
Telegraphenbrähnen hängen, zerriß aber eine Leitung nach der andern und
brach auch die Stangen ab, so daß er jeden Moment seinen Flug fortzu-
setzen drohte. Die Situation aller drei Personen wurde dadurch noch zu
einer gräßlichen, daß der Hamburger Zug herangefahren kam und außer-
dem in geringer Entfernung von der Bahn ein Wald lag. Glücklicher-
weise wurde der Führer der Maschine noch rechtzeitig auf diesen Unfall
aufmerksam und brachte den Train zum Stehen. Sämmtliche Beamte
sprangen zur Hilfe herbei, lösten die Gondel von dem Ballon, und die-
ser, von seiner Last befreit, ging auf und davon und ist noch nicht wieder
gesehen worden. Der Luftschiffer und seine beiden Gefährten sind an ver-
schiedenen Theilen des Körpers verletzt worden, doch waren die werthvol-
len Instrumente des Dr. Pletschner unversehrt geblieben. Die Beschädi-
gungen, welche der Ballon an der Telegraphenleitung angerichtet hat,
werden jedenfalls Herrn Regenti theuer zu stehen kommen. Der Aero-
naut und seine Begleiter blieben die Nacht in Italien und kehrten heute
früh hierher zurück. Hans Wachenhusen wird eine ausführliche Schilder-
ung dieser Luftreise veröffentlichen und Dr. Pletschner will in nächster
Woche im Saale der Singakademie einen Vortrag über seine beiden Luft-
reisen halten und als Einleitung eine kurze Geschichte der Aerostatik ge-
ben. Herr Regenti gedenkt in einigen Tagen noch eine dritte Luftfahrt zu
veranstalten und wird ihn alsdann Dr. Pletschner allein begleiten, damit
der Ballon nicht so schwer zu tragen hat und höher gehen kann. Dr. P.
möchte gern speziellere Untersuchungen anstellen und läßt sich durch die ge-
stern ausgestandene Todesgefahr nicht abschrecken.

* Berlin, 17. August. [Verschiedenes.] In den hiesigen
liberalen Blättern wird der Regierung fast übereinstimmend vorgeworfen,
daß sie sich in Sachen des allgemeinen Zollvereins wie der Bundesreform
einseitig auf den negativen Standpunkt stelle und nicht mit selbständigen

Vorschläge auftreten. Die „Berl. Allg. Z.“ sagt hierüber ganz richtig: „Wir finden diesen Standpunkt vielmehr jetzt, wo unsere Regierung nicht hinlänglich gekräftigt ist, um etwas Größeres zu unternehmen, vollkommen korrekt. Preußens Position ist das Faktum des französischen Handelsvertrages und die Bernstorffsche Note vom vorigen Dezember über die Union. Aus dem ersten ergibt sich mit Nothwendigkeit die Kündigung des Zollvereins für alle diejenigen Regierungen, welche dem Handelsvertrag nicht beitreten können; aus der zweiten ein Nein sans phrase! für alle Anträge, welche in die Entwicklung Deutschlands wieder die alte Konfusion bringen wollen.“

— In Wiesbaden ist der Bericht des Ausschusses zweiter Kammer über den Antrag des Dr. Braun in Betreff des deutsch-französischen Handelsvertrages nunmehr vollständig veröffentlicht und spricht sich für Genehmigung desselben aus.

— Die Handelskammer in Darmstadt hat sich am 15. August allseitig für die Annahme des französischen Handelsvertrages ausgesprochen und bei der Staatsregierung dafür verwandt.

— [Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.] Ein gutes Hilfsmittel zur Orientirung über die geographische Verbreitung der verschiedenen Parteirichtungen in Preußen wird durch eine soeben erschienene Karte von Kiepert geboten. Unter dem Titel: „Die Wahlbezirke zum preussischen Abgeordnetenhaus. Geographische Darstellung des Ergebnisses der Wahlen vom 6. Mai 1862 (einschließlich der Nachwahlen) mit Bezeichnung der Parteistellung nach den bis Ende Juli 1862 gebildeten Fraktionen“, hat Kiepert im Verlag von Adolph Enslin hier selbst eine sehr instruktive Karte herausgegeben. Die einzelnen Wahlbezirke sind je nach der politischen Parteistellung der in ihnen gewählten Abgeordneten verschieden colorirt.

— Zur Ausführung der von dem Kriegsminister getroffenen Anordnung wegen Beschaffung der für die Armee erforderlichen Naturalien von den Producenten selbst sind die Oberpräsidenten sämtlicher Provinzen veranlaßt worden, dafür Sorge zu tragen, daß die Producenten, unter ihnen namentlich die große Zahl kleiner Grundbesitzer, auf die Vortheile hingewiesen werden, welche ihnen der direkte Absatz ihrer Produkte an Roggen, Hafer, Heu und Stroh an die königlichen Militärmagazine verspreche. Auch sind die Oberpräsidenten ersucht worden, zu bewirken, daß Behörden oder Producenten die etwaigen Hindernisse und Schwierigkeiten, welche sich der Verwirklichung der Absichten des Kriegsministers entgegenstellen sollten, bei demselben zur Anzeige bringen.

Königsberg, 17. August. [Der Mülhhauser Prozeß.] Am 14. d. beriet das Ostpreuß. Tribunal über die gegen die Mülhhauser Tunnulanten erhobene Anklage, nach welcher über 50 Personen angeklagt und als Zeugen mehr denn 80 Personen bekannt sind. Nachdem man die Idee, diese Anklagefalsche dem hiesigen Schwurgericht zur Verhandlung zu überweisen, aufgegeben hat, wird das Mohrunger Schwurgericht die Sache zu Ende zu führen haben. In dem dortigen Gebäude haben deshalb ansehnliche bauliche Veränderungen vorgenommen werden müssen.

Wien, 16. August. [Die Lage in Serbien.] Die Berichte aus Serbien und den anderen insurgirten slavischen Provinzen der Türkei lauten von Stunde zu Stunde bedenklicher und beunruhigender; je nachgiebiger sich die Pforte bei den Konferenzen in Konstantinopel benahm, desto gereizter Empfindlichkeit macht sich in Belgrad kund, wo man nur eine Gelegenheit herbeizuwünschen scheint, um offen gegen die Türken aufzutreten zu können. Das vom heiligen Vater an die katholischen Bischöfe gerichtete Rundschreiben, die Christen von einem Kriege gegen die Montenegriner abzumahnern, hat in Serbien die größte Freude verursacht und bildet den Stoff fast aller Predigten der griechischen nicht unirten Popen; auch in unseren südslawischen Gegenden soll es wie eine Bombe eingeschlagen und die Luft, den Brüdern jenseits der Sann und Una thatkräftig beizustehen, gewaltig geweckt haben. Obwohl die Regierung, bei dem eingenommenen Standpunkte strenger Neutralität,

derlei Zuzüge nicht füglich toleriren kann, so ist wenigstens durch das päpstliche Schreiben das Gute gestiftet worden, daß die von einigen kroatischen Komitaten gefaßten Beschlüsse wegen Modifizirung der türkenfreundlichen Politik unseres Kabinetts nicht mehr als angeblicher Landes- und Hochverrath perhorrescirt werden können. Nicht unbemerkt aber ist es geblieben, daß die „Donau-Ztg.“, die sonst über jeden Wind in Rom zu berichten weiß, die Encyclica des Papstes mit Stillschweigen überging. (R. Z.)

Wien, 18. August. [Telegr.] Der gestern beabsichtigte Fackelzug zu Ehren der Kaiserin ist durch heftige Regengüsse verhindert worden. — Nach hier eingetrossenen Nachrichten aus Mostar vom gestrigen Tage waren die Türken am 11. d. mit empfindlichen Verlusten über den Njeflaß zurückgeschlagen worden, hatten aber den Kampf fortgesetzt. Am Sonabend war ein lebhafter Kanonendonner in der Nähe von Cetinje hörbar.

Nassau, Wiesbaden, 16. August. [Preßgesetz.] In der Zweiten Kammer wurde heute bei der namentlichen Schlussabstimmung das Preßgesetz unter Berücksichtigung der beschlossenen Modifikationen mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen.

Großbritannien und Irland.

London, 16. August. [Tagesnotizen.] Wie die amtliche „London Gazette“ meldet, hat die Königin dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz den Hofenband-Orden verliehen. — Nach dem (nicht offiziellen) „Court Journal“ ist die Vermählung des Prinzen von Wales mit der Prinzessin Alexandra von Glücksburg, einer Tochter des künftigen Thronerben von Dänemark, auf nächstes Jahr festgesetzt. — Der Herzog und die Herzogin v. Brabant haben gestern im Clarendon Hotel einigen Mitgliedern der königl. Ausstellungskommission zu Ehren ein glänzendes Bankett, welchem auch der Graf von Flandern beiwohnte. — Der Londoner deutsche Turnverein hat beschlossen, seinen Stiftungstag (27. August) durch ein großes Turnfest in den Gärten des Krystallpalastes von Sydenham zu begehen. — Aus Plymouth schreibt man, daß ein preussischer Seelieutenant den Schiffswerften von Devonport einen Besuch abgestattet hat. Man glaubt, daß es sich um den Ankauf einiger britischer Kriegsschiffe für die preussische Flotte handelt.

Frankreich.

Paris, 16. August. [Zum Napoleonstage; Verschiedenes.] Der Kaiser und die Kaiserin haben gestern in offener Kalesche die beiden Festplätze an der Barrière du Trône und auf der Esplanade des Invaliden-Hotels besucht; sie fuhren über die Boulevards. Das Erscheinen der hohen Personen hat um so mehr Sensation gemacht, als es in dem Fest-Programm nicht vorgesehen war. Das Feuerwerk auf dem Marsfelde ist höchst prachtvoll ausgefallen. Die Champs Elysées, deren Bäume mit erleuchteten Früchten geschmückt waren, und an deren Ende sich ein feenartiger Palast erhob, so wie der Tuileriengarten, in ähnlicher Weise erleuchtet, boten einen herrlichen Anblick dar. Zu bemerken ist noch, daß Paris auch eine schwarz-roth-goldene Fahne aufzuweisen hatte. Diese patriotische Umgebung rührte von Herrn Keller, dem Besitzer der Brasserie Allemande, Faubourg Montmartre Nr. 4, her. Das deutsche Banner, umgeben von französischen Fahnen, nahm den Ehrenplatz ein. Die Zahl der Menge in den Champs Elysées, den Tuileries etc. war ungeheuer. Eine Unzahl Fremde und Bewohner der Provinz hatten sich zu dem Feste eingefunden. — Aus Petersburg ist ein Schreiben abgegangen, worin das Kabinet Herrn Thonbelen in verbindlicher Weise zu wissen thut, daß die russische Regierung in der nordamerikanischen Frage ausschließlich für die Interessen des Nordens sei. — Die „Patrie“ enthält Folgendes: „Wir wissen aus guter Quelle, daß der Kaiser, um die in Betreff des Journals „La France“ verbreiteten Gerüchte zu widerlegen, seinem Privatkabinet den förmlichen Befehl gegeben hat, nicht die geringste Beziehung mit der Redaktion dieses Journals zu haben.“ — Der Prinz Adalbert von Preußen, der kürzlich in Cher-

bourg war und sich dann nach Plymouth begeben hat, wird binnen Kurzem in Brest erwartet. Derselbe besucht auch die übrigen französischen Seehäfen. In Cherbourg wurde er mit der größten Auszeichnung aufgenommen.

— [Schreiben Garibaldi's an den König.] Der Constitutionnel meldet aus Turin, Garibaldi habe dem Könige einen Brief zugehen lassen, worin er sich bereit erkläre, nach Caprera sich zurückzuziehen, sobald der König verspreche, Mattazi zu entlassen und sich eifrig mit der römischen Frage zu beschäftigen. Der König habe den aus Sicca datirten Brief, der ihm von einem seiner höheren Offiziere am 13. überreicht worden, zwar erbroschen und gelesen, aber dem Ueberbringer bemerkt, auf Briefe solcher Art könne er nicht antworten und müsse sich wundern, daß Garibaldi so an ihn zu schreiben wage.

Italien.

Turin, 14. Aug. [Die Situation.] Auf Sicilien sind 20 Bataillone bereits in Bewegung gesetzt, um Garibaldi einzuschließen; noch mehr Truppen werden bald von Palermo abgehen, um den Kordon zu vervollständigen. Mittlerweile geht der Aktionspartei das Geld vollends aus, und es ist zu bezweifeln, ob der von Mazzini in seinem neuesten Erlaß entworfene Plan zu einer Sammlung von 300,000 Franks dem Uebelstande Abhilfe schaffen wird. Hiernach soll nämlich Italien in 300 Bezirke abgetheilt werden, und in jedem derselben durch Beiträge von je 1 Lira die Summe von 1000 Fr. zusammengebracht werden. Trotz allen günstigen Nachrichten aber wird die Situation, je länger sie dauert, immer gefährlicher für das Ministerium. Herr Benedetti, der wünscht, daß Frankreich so bald wie möglich etwas thue, hegt wenig Hoffnung. Er wird nächstens auf kurze Zeit nach Paris gehen und versuchen, ob seine mündlichen Vorstellungen etwas vermögen. (R. Z.)

Turin, 15. August. [Der Senat] hat heute mit 50 gegen 12 Stimmen das Gesetz genehmigt, wodurch der englischen Generalgesellschaft der Bau des Cavourkanals bewilligt wird und ihr die Staatskanäle mit einer Zinsgarantie der Regierung, Amortisirung einbezogen, abgetreten werden.

Rom, 12. August. [Verstärkungen.] Der „Correspondenz Habas-Bullier“ wird von hier geschrieben: Man erwartet jeden Augenblick 2 oder 3 französische Regimenter, und man nennt selbst schon das 13. und 32. Die Okkupationsarmee wird bald 30,000 Mann stark sein.

Neapel, 12. August. [Garibaldi's Streikräfte und Operationsplan.] Der „Pungolo“ bringt den Brief eines Garibaldianers, der am 8. d. das Hauptquartier Garibaldi's verlassen hatte. Derselbe scheint die ganze Lage der Wahrheit gemäß zu schildern, da er die Mitte hält zwischen den aufregenden Nachrichten der ungetrimmen Aktionspartei und den allzu beruhigenden der Regierung. Nach dem erwähnten Briefe beläuft sich die Zahl der Freiwilligen auf weniger als 5000. Der größte Theil derselben ist bewaffnet und mit den rothen Hemden bekleidet, und wenn man alle, die sich bisher im Lager Garibaldi's eingefunden haben, hätte bewaffnen und kleiden können, so hätte allerdings ihre Zahl bereits 10,000 überstiegen, denn täglich kommen neue Scharen von der ganzen Insel im Hauptlager an, und da man sie nicht bewaffnen, noch kleiden kann, so gehen sie wieder davon und verschwinden. Das ganze Freiwilligenkorps ist in drei Kolonnen vertheilt. Die erste befehligt der sicilianische Oberst Ventresella, die zweite Garibaldi in Person und die dritte der Oberst Bontivegna. Alle drei Kolonnen haben die strengsten Befehle, jeglichen Zusammenstoß mit den königlichen Truppen zu vermeiden, in großen Tagemärschen weiterzuziehen und sich so viel als möglich auf den Bergen zu halten. Die erste Kolonne ist bereits vom Feldlager von Ficuzza aufgebrochen, und indem sie sich an der Marina vorwärts bewegt, hat sie Befehl, ihren Weg von Termini aus in der Richtung nach Messina fortzusetzen.

Die zweite Kolonne unter dem Befehle Garibaldi's und Corrao's, der die Sicilianer anführt, hat zur Avantgarde ein kleines Bataillon palermitanischer Freischärler, unter denen sich mehrere junge Leute der besten

B Die Weltausstellung zu London.

I.

Der verstorbene Prinz-Gemahl der Königin von England, der viel gefeierte und nach seinem Tode allgemein angebetete Prinz Albert, hat im Jahre 1851 den Gedanken zur Ausführung gebracht, eine Weltausstellung für die Rohprodukte und gewerblichen Erzeugnisse aller Völker der Erde zu veranstalten. Man glaubte damals, die neue Ära des universalen Weltfriedens zu inauguriren; fortan sollte nur ein friedlicher Wettkampf der Völker stattfinden, das Eisen der Schwerter und Speere sollte zu Pflugschaaren umgeschmiedet, die Kanonen zu Kirchenglocken umgegossen werden, das Kamm könne jetzt ruhig mit dem Löwen zusammenwohnen. Es sind seitdem elf Jahre verflossen, und die Erfahrung hat gelehrt, daß man sich bitter getäuscht hat. Der Krimkrieg, der italienische Krieg, der indische Aufbruch, der Chinesische Krieg, der Bruderkrieg, der zwischen den vereinigten Staaten von Nordamerika entbrannt ist, haben den auf die Weltausstellung von 1851 folgenden kurzen Zeitraum mit seltenen Kriegsgräueln gekennzeichnet, und gelehrt, daß trotz allen Fortschritten in Gewerbe, Kunst und Wissenschaft die angeborene Bössartigkeit der Individuen und Völker noch unverändert geblieben ist. Die neue Weltausstellung von 1862 bewährt daher durch einen Reichtum an gezogenen Kanonen, an Armstrong-Shells und sonstigen Zerstörungswerkzeugen, daß die Menschen in den letzten elf Jahren vorzugsweise darauf gesonnen haben, durch neue Erfindungen bessere und schnellere Mittel zu ihrer gegenseitigen Vernichtung aufzufinden.

Die Ausstellung von 1851 ist von der diesjährigen wesentlich verschieden. Wenn wir beide Ausstellungen nach ihrem Gesamteindrucke kurz vergleichen, so müssen wir der Ausstellung von 1851 in mancher Beziehung den Vorzug einräumen. Das damalige Unternehmen verwirklichte eine neue Idee, der volle Reiz der Neuheit und Ursprünglichkeit umschwebte die magische Schöpfung. Es war eine feenhafte Erscheinung, alle Schätze der Welt boten sich dem überraschten Blick dar. Auf der diesjährigen Ausstellung ist das Mächtigkeitsprinzip mehr zur Geltung gebracht worden: der geschäftliche und kaufmännische Gesichtspunkt waltet vor. Der frühere Krystallpalast war aus Glas und Eisen gebaut, ein Feenpalast mit unvergleichlichen Lichteffecten, wie man ihn bisher nur geträumt hatte. Man überjah das unendliche Gebäude mit einem Blicke, man wurde von dem Totalindruck überwältigt.

Die in das Gebäude aufgenommenen Baumgruppen, die große Fontäne, die im Hauptschiffe befindlichen Wasserfälle und Springbrunnen, die vielen ausgestellten tropischen Gewächse als Rahmen für die künstlerische Gruppierung der ausgestellten Gegenstände überschwebten die Augen mit Wonne. Ueber die ganze Ausstellung war ein Zauber ausgegossen, den man bei der heutigen vermisst, wo der Genius der Plasmag-

cherei immer an die nüchterne Wirklichkeit erinnert. Das damalige Gebäude stand frei da im Hyde Park; aus den dichten Baumgruppen und von dem glattgeschornen Rasen trat man unmittelbar in den Zauberpalast.

Das heutige Gebäude liegt an einer jetzt ungeheuer frequentirten Straße, wo man seine Haut wahren muß, um von den Tausenden Fahrzeugen, die hier nach englischer Art im Trabe oder Galopp fahren, bei Straßenübergängen nicht gerädert oder von der sich drängenden Menge nicht übergelaufen und zertreten zu werden.

Das jetzige Gebäude ist so vielfach verzweigt und abgetheilt, daß nur das Hauptschiff zwischen den beiden Kuppeln eine Uebersicht und einen Gesamteindruck gewährt.

Die Ausstellung von 1851 war ganz Poesie, die heutige verräth oft gewöhnliche Prosa und gleicht in mancher Beziehung einem offenen Jahrmarkt. Damals war es nicht erlaubt, Preisbestimmungen anzuhängen, die bei der heutigen als wesentliche Kennzeichen der ausgestellten Gegenstände dienen und wonach ihre Bedeutung, d. h. je billiger, desto besser, ersehen wird. Heute verkauft man ungeachtet in der Ausstellung selbst, wo man früher nur verstoßener Weise die Bezugsquelle andeutete. Sehr viele ausgestellte Gegenstände sind mit großen Karten, worauf sold (d. h. verkauft) steht, bezeichnet, wobei außerdem oft der Name des Käufers angegeben ist, als welcher nicht selten der Vizekönig von Egypten erscheint, der in London der Löwe des Tages ist und durch seine verschwenderische Freigebigkeit viel hat von sich reden machen.

Indessen liefert die heutige Ausstellung den unzweideutigen Beweis, daß die Menschen in den letzten 11 Jahren nicht geruht haben, vielmehr in rastloser Thätigkeit fortgeschritten sind. In allen civilisirten Ländern hat man die Schutzzölle seitdem möglichst beschränkt und sich dem Freihandel ergeben, so wie den Gewerbetreibenden von Hindernissen entseht und der schaffenden gewerblichen Thätigkeit einen freieren Spielraum eröffnet. Die wohlthätigen Wirkungen dieser freimüthigen Maßregeln fallen jedem aufmerksamen Beobachter der heutigen Ausstellung im Vergleich zu der von 1851 in die Augen. Die Produktion ist in allen Ländern gestiegen, hat sich verbessert und ist billiger geworden; nur die Vereinigten Staaten von Amerika sind diesmal in Folge des Bürgerkrieges weit hinter ihren früheren Leistungen zurückgeblieben, haben z. B. für die eigentliche Kunstausstellung gar nichts geliefert.

Wir wollen jetzt einige der Hauptereignisse erwähnen, welche dazu beigetragen haben, die heutige Ausstellung vor der von 1851 zu bevorzugen. In den letzten 11 Jahren hat sich die Bevölkerung der 3 vereinigten Königreiche Großbritannien um 4 Millionen vermehrt, die von London um eine halbe Million. Damals gab es in Großbritannien 6000 englische Meilen (1500 deutsche) Eisenbahnen, jetzt werden 10,000 englische Meilen (2500 deutsche) Eisenbahnen befahren. Im Jahre

1851 wurde der erste Versuch gemacht, England und Frankreich durch einen unterseeischen Telegraphendraht zu verbinden. Heute ist England durch 3 verschiedene unterseeische Telegraphenlinien mit dem Festlande (Frankreich, Belgien, Holland) wie fast alle größeren Inseln verbunden, z. B. Malta u. s. w. Die telegraphische direkte Verbindung zwischen London und Kalkutta ist bis auf wenige Zwischenglieder hergestellt; ja die alte und neue Welt haben schon mit einander durch den transatlantischen Kabeltau gesprochen, leider ist diese Verbindung nur eine ephemere gewesen und ist die Ueberwindung der technischen Schwierigkeiten einer so ungeheuren unterseeischen Verbindung durch elektrische Leitungsdrähte noch vorbehalten. Die Telegraphenverbindung ist gegenwärtig in England zwischen allen Städten hergestellt, ebenso fast auf dem Kontinente, wovon 1851 nur ein schwacher Anfang vorhanden war. Seit 10 Jahren ist die englische Kriegsmarine fast umgeschaffen worden, die Segelschiffe sind ganz beseitigt und an ihre Stelle sind Schrauben-Dampfschiffe eingeführt worden. Das Studium der organischen Chemie hat zu der Entdeckung neuer Farbstoffe, z. B. Anilin geführt, die eine große Zukunft haben. Die Behandung des Aders mit Maschinen bei Anwendung der Dampfkraft ist in den letzten 10 Jahren in England fast allgemein geworden. Das Befahren gewöhnlicher Landstraßen mit Lokomotiven ist nahe daran, mit Erfolg in Ausübung gebracht zu werden. Es sind neue Verfahrungsweisen entdeckt worden, Robeisen in Stahl direkt umzuwandeln. Die Photographie hat sich von einer chemischen Spielerei zu einer allgemein verbreiteten Kunst, die für die Industrie der vielfachsten Anwendung fähig ist, erhoben. Der auswärtige Handel von England hat sich in den letzten Jahren verdoppelt, von einem jährlichen Betrage von 65 Millionen Pfd. Sterling jährlich zu 136 Millionen. Die Oberherrschaft von Indien ist aus den Händen der Kaufleute von Leadenhall Straße an die Krone übergegangen, das Scepter der Königin Victoria wird in dem ungemessenen Hindostan anerkannt. Britisch Columbia am „Stillen Meere“ und Queensland in Australien sind den zahlreichen englischen Kolonien hinzugefügt worden. China und Japan sind dem Weltverkehr eröffnet worden.

Alle diese aufgezählten Thatfachen haben natürlich ihren unerkennbaren Einfluß auf die Weltausstellung von 1862 ausgeübt und derselben eine große Ueberlegenheit im Einzelnen über die von 1851 gesichert. Noch weit mehr dazu hat aber beigetragen die in den letzten zehn Jahren vorgeschrittenen Bildung und Gesittung. Wenn man in London sich befindet, so steht man mit 2 Füßen in 5 Erdtheilen; man befindet sich im Herzen der Welt, und ist leichter im Stande, als in der Einsamkeit und Verlassenheit, die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die Menschheit in Erkenntnis, Bildung und Gesittung fortgeschritten; und von diesen Fortschritten legt die heutige Weltausstellung, vor der von 1851 ein unzweideutiges Zeugniß ab-

Familien Palermo's befinden. Dieses Bataillon besteht aus 300 Mann und ist so zu sagen die Elite der ganzen Armee. Garibaldi zog vom Feldlager von Ficuzza nach Vicari, Rocca-Palumba, und nach allen Andeutungen scheint er die Richtung nach Caltanissetta und Catania zu nehmen. Die dritte, angeführt von Bentivegna, wand sich von Ficuzza aus nach Corleone, Chiusa, Bivone und wird sich jetzt bei Sciacca befinden. Von da marschirt er nach Syracus, um ebenfalls Catania zu erreichen. Dieses sind die Bewegungen, die der General bisher vorgenommen hat. Ueber seine eigentlichen Absichten spricht er sich sehr wenig aus, nur giebt er jedesmal, wenn er darum befragt wird, den festen Willen zu erkennen, nach Rom zu gehen, ohne jedoch mit den regulären Truppen in Konflikt zu gerathen. Vor seiner Abreise, jagt der Brief weiter, habe der General dem Schreiber gesagt, er werde über die Höhen der calabreser und Abruzzengebirge marschiren: dort begegne er keinen regulären Truppen. Unsere tapfere Armee wird uns nicht unter die Augen bekommen, noch wird sie uns je finden. Mit Ausnahme der höheren Offiziere sind es dieselben Leute, wenn auch in geringerer Anzahl wie im Jahre 1860, die den General umgeben. Aus den oben angeführten Worten Garibaldi's und den Bewegungen, die er bis jetzt vorgenommen hat, geht klar hervor, daß es sein Plan ist, sich auf das Festland zu werfen, doch über die Berge von Provinz zu Provinz vorwärts zu marschiren bis an die Grenzen des römischen Staates und dort mit Umgehung sowohl der italienischen als französischen Truppen mit Hilfe der Bevölkerung die päpstliche Regierung anzugreifen. (R. 3.)

Rußland und Polen.

Warschau, 14. August. [Geschenk; Gefinnungswechsel.] Se. Maj. der Kaiser hat befohlen, die „Allgemeine Bibliothek“ in Warschau mit den Doubletten der kaiserlichen Bibliothek in Petersburg zu bereichern. In Folge dessen ist gestern der erste Transport von 17,000 Bänden angekommen. — Die scheinbare Entrüstung einzelner polnischer Blätter über das erste Attentat auf den Grafen Wielopolski hat nicht lange vorgehalten. Es macht sich keine Spur mehr davon bemerkbar. Im Gegentheil fragt heute eine Korrespondenz des „Dziennik pows.“ ganz naiv: „Was Wunder, daß die Attentate immer häufiger werden? Bei solchem Stande der Dinge muß man vielmehr die furchtbare Lage des Landes und die Blindheit der Regierung beklagen.“ Vor vierzehn Tagen war ein Pole solches Verbrechen gar nicht fähig, da mußten die Attentäter entweder Russen oder Deutsche sein, jetzt findet man den Gebrauch des Revolvers und des Dolches schon ganz natürlich.

Warschau, 17. August. [Das Attentat.] Die Blätter bringen heute Näheres über das zweite Attentat gegen den Grafen Wielopolski: Der Chef der Civilverwaltung machte mit seiner Gemahlin eine Spazierfahrt in der nach Łazienki führenden Allee; in einem zweiten Wagen saß sein ältester Sohn und ein anderer Herr. Da sprang ein Mensch in Civilkleidern auf den Tritt des langsam schreitenden ersten Wagens und stieß mit einem langen messerartigen Dolche (Kinzial), wie ihn die Fischerknechte im Girtel tragen, nach dem Markgrafen, jedoch ohne ihn zu treffen. Der Graf, welcher seit dem Mordanfall vom 7. immer einen Revolver bei sich trägt, schoß nach dem Mörder, das Pistol versagte aber und der Mörder, der die in dem andern Wagen fahrenden Personen auf sich zu eilen sah, floh, wurde jedoch von diesen aufgefangen; ein auf dem Wege befindlicher Militärarzt, der sich ihnen beigegeben hatte, beseitigte gleich darauf auf dem nicht entfernten Bureau des Polizeikommissarius das von dem Mörder während der Flucht genommene Gift durch Gegengift. Auf dem Polizeibureau legte der Mörder sogleich das Geständnis ab, daß er durchs Voos zum Nachfolger des Jaroszyński und Ryll bestimmt worden sei. Bemerkenswerth ist es, daß dieser neue Mörder noch kurz vorher als Zeuge zur Feststellung der Identität der Person des Ryll gebraucht worden war. Der lange Dolch war, wie sich sogleich zeigte, vergiftet. Der Mörder heißt Wronza, ist erst 19 Jahre alt und armer polnischer Eltern Kind.

Türkei.

Konstantinopel, 9. August. [Erster Depeschen.] In

der großherrslichen Medicinschule, welche ungefähr 500 interne Zöglinge zählt, fanden ernstliche Unordnungen statt, die das Einschreiten der bewaffneten Macht nöthig machten. — Der Energie Emin Pascha's (Baron Schwarzenberg) ist es gelungen, die in der Wüste von Hama gelagerten Anezis zur Unterwerfung zu bringen. Er hat nicht nur die Art von Tribut abgekauft, welche die Porte denselben jährlich zahlte, sondern sie auch bewogen, selbst eine Kontribution an Pferden zu entrichten. — Aus Smyrna wird gemeldet, daß die mit hellenischen Pässen versehenen türkischen Unterthanen fortan alle Abgaben, ohne Ausnahme, entrichten müssen, da ihre neue Nationalität von den türkischen Behörden unter keinen Umständen anerkannt werden könne.

Griechenland.

Athen, 9. August. [Kleine Notizen.] Barbogli, Deputirter von Tripoliza, wurde zum Finanzminister ernannt. — Die letzten Kammeritzungen waren sehr stürmisch. — Der Ex-Minister Simons wurde auf der Straße insultirt. — Der englische Gesandte Scarlett ist hier eingetroffen.

Amerika.

Newyork, 7. August. [Handelsvertrag mit der Türkei; der Bürgerkrieg.] Ueber Halifax in London eingetroffene Nachrichten melden, daß der Handelsvertrag zwischen der Türkei und Amerika veröffentlicht worden sei. Von den Einfuhrartikeln in die Türkei sind Tabak und Salz ausgeschlossen. Die Amerikaner dürfen diese Artikel aus der Türkei ausführen, ohne eine Ausfuhrsteuer zu zahlen. — Die Unionisten haben Korinth und alle benachbarten Orte geräumt. 1000 Guerillas haben die Unionisten aus Newark in Missouri verjagt und ihnen Waffen und Kriegsgerät abgenommen. Eine andere Guerillabande hat Alexandrien in Missouri genommen. Die Unionisten haben in einem Kampfe bei Memphis die Konföderirten unter General Thompson verjagt und die Stadt Macminville eingenommen. In der Nähe von Columbia ist eine große Quantität Baumwolle verbrannt worden. In Washington hat ein kriegerisches Meeting die Beschlüsse angenommen, den Krieg auf das Kräftigste und mit allen in der Macht des Landes stehenden Mitteln fortzusetzen und die angeordnete Konstriktion zu billigen.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 18. August. [38. Sitzung.] Vormittags 9 Uhr 20 Min. von dem Präsidenten Herrn Grabow eröffnet. — Am Ministerische die Herren v. Holzbrind und Regierungskommissar Geh. Obervergrath Wendemann. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht zur Prüfung des Staatshaushaltsplans über den Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung pro 1862 und 1863. — Etat pro 1862. Als Hauptergebnis der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung weist der Etat pro 1862 nach: 1) eine Einnahme von 12,196,610 Thlr., 2) eine Ausgabe a) laufend 9,303,218 Thlr., b) außerordentlich 414,000 Thlr., Summa 9,717,218 Thlr., und es ergibt sich ein Ueberschuß von 2,479,392 Thlrn. Derselbe war in 1861 nach dem Etat 2,705,240 Thlr., demnach würde 1862 weniger aufkommen 225,848 Thlr. Das Resultat wird aber ein günstigeres, wenn man die für den Bau des Saarkanals bestimmten 330,000 Thlr. den Ueberschuß hinzusetzt; dann beträgt der Ueberschuß 23,3 Prozent von der Gesamteinnahme, oder 0,22 Prozent mehr als 1861. Ohne Diskussion wird angenommen der Antrag: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die künftige Staatsregierung aufzufordern, alljährlich als Anlage dem Etat für die Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung eine Vermögens- und Ertragsberechnung der einzelnen durch diese Verwaltung betriebenen Werke für das zuletzt verlossene Rechnungsjahr beizufügen und bei Vorlegung derselben ersichtlich zu machen, 1) nach welchen Grundrissen Grund und Boden, Gebäude und Betriebsvorrichtungen, sowie das Inventarium bei der Feststellung des Anlagekapitals in Ansatz gebracht sind, 2) mit welcher Summe jedes einzelne der genannten Werke an dem für die Bergwerksverwaltung zur Disposition gestellten Betriebsfonds von 1,500,000 Thlr. partizipirt hat.“ — Ausgabe. Die 9 Titel werden ohne Diskussion genehmigt. Ordinaire Ausgaben. Abg. Jacob (Halle) hält die Bereinigung der Koals für wichtig und ist gegen die beantragte Abiegung von 11,040 Thlr., welche die Regierung verlangt für die Verlegung einer Koalsöfengruppe bei der Grube König bei Saarbrücken. — Der Regierungskommissar stimmt der Abiegung bei, dankt aber dem

Vorredner für die Unterstützung, die er der Regierung ausgesprochen. — Die Abiegung wird beschloffen. Der Baufonds wird von 238,049 Thlr. auf 225,909 Thlr. ermäßigt. Der Antrag 1, daß bei Neubauten im Bereiche der Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Verwaltung den Anlagen des Etats stets eine tabellarische Uebersicht von den bereits in Angriff genommenen und neu in Auftrag gebrachten Bauten beigefügt werde, aus welcher ersichtlich ist: a) die Benennung des Baumerks; b) die veranschlagte Baukostensumme; c) bei mehreren Jahre hindurch dauernden Bauten, wie viel in den einzelnen verfloffenen Jahren von der bewilligten Summe bereits verwendet worden ist und wie viel für das neue Etatsjahr gefordert wird, — und daß diese Uebersicht für jedes Baumerk bis zu seiner Vollendung fortzuführen ist; 2) daß bei Reparaturen, welche 1000 Thlr. und mehr betragen eine gleiche tabellarische Uebersicht wie die sub Nr. 1. erwähnte, für jede solche Hauptreparatur beigefügt werde, — und welchem die Regierung nicht widerspricht, wird ohne Diskussion angenommen. Die 8 Titel für die Bergwerke werden genehmigt.

B. Bei den Hüttenwerken. Abg. v. Beughem hat zu dem Antrag: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die künftige Regierung aufzufordern, die Hütten so bald wie möglich zu verkaufen“, beantragt, statt der Worte: „sobald als möglich, zu setzen, „sobald es ohne Nachtheil der Staatskasse geschehen könne.“ Er will, daß man die Regierung nicht dränge. (Die Minister v. Müller, v. d. Heydt, v. Jagow sind eingetreten.) — Der Handelsminister konstatiert, daß bei den meisten Hüttenwerken unbedeutende Kaufgebote gemacht worden sind. Die Regierung hofft, daß man sie nicht drängen werde. — Abg. Jacob ist gegen den Kommissionsantrag. Es sei nicht Sache des Abgeordnetenhauses, solche Verkäufe zu beschließen; man möge sich des Mißtrauens erinnern, welches die Verkäufe, zu denen man die Seehandlung gedrängt, im Lande hervorgerufen haben. Das Abgeordnetenhause übernehme damit eine große Verantwortlichkeit. — Abg. Behrend bekämpft das Amendement des Hrn. v. Beughem: der Ausdruck: „ohne Nachtheil der Staatskassen“ sei zu unbestimmt. Die Kommission wolle auch nicht anders, als daß nur solche Hütten verkauft werden, welche keinen Ertrag gewähren. Wollte man der Regierung sagen, sie solle mit dem Verkaufe im Augenblicke der Nachfrage vorgehen, so dürfte mit dem Verkaufe etwas werden. Das Haus habe aber immer gewünscht, daß industrielle Unternehmungen in die Hände von Privatpersonen gehen sollen. Das Haus denke nicht daran, die Hütten um jeden Preis zu verkaufen; die Regierung solle den geeigneten Zeitpunkt ergreifen. — Der Minister v. d. Heydt dankt dem Vorredner für die Erläuterung des Antrags. Die Regierung habe alle Schritte zum Verkaufe gethan; sie habe schon längst den Entschluß gefaßt, zu geeigneter Zeit die künftigen Hüttenwerke zu verkaufen. Es sei dies bis jetzt nicht vollständig gelungen. Die Regierung werde fortfahren, die Werke zu verkaufen, aber nicht zu jedem Preise. Das Amendement v. Beughem sei empfehlenswerth. — Abg. v. Beughem: Sein Antrag bewege nur, der Verschleuderung vorzubeugen. — Abg. Osterrath: Zwischen beiden Anträgen bestehe kein großer Unterschied. — Abg. Hennig (Straßburg): Weder Hr. v. Beughem noch der Hr. Finanzminister hätten die Gründe der Kommission genügend gewürdigt. Der Antrag habe nur den Zweck, in den gemachten Verträgen fortzuführen; er sei auch schon im vorigen Jahre gestellt worden und könne gar kein Bedenken erregen. — Abg. Behrend: Der Antrag sei aus der Vermuthung entsprungen, die Regierung habe mit ihren Verträgen nicht so großen Eifer entwickelt, wie zu wünschen gewesen wäre. — Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. — Der Referent Abg. Sello schließt sich den Ausführungen der Abgg. v. Hennig und Behrend an und vertheidigt die Fassung des Kommissionsantrags. — Bei der Abstimmung wird der Abänderungsvorschlag Beughem abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen. — Die 8 Titel der Hüttenwerke werden genehmigt.

C. Bei den Salzwerken: Die 8 Titel werden ohne Diskussion bewilligt. In Betreff der Saline Münster am Stein bei Kreuznach ist der Antrag gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die kgl. Staatsregierung aufzufordern, Befußs Verkauf der Saline Münster am Stein alsbald die nöthigen Einleitungen zu treffen und dem nächsten Landtage über die Verkaufsbedingungen und im Wege der Visitation erhaltenen Aufschüssen eine Vorlage zu machen.“ — Der Handelsminister: Die Saline sei für die Badeanstalt bei Kreuznach wichtig, und die Regierung lege aus diesem Grunde Werth auf die Erhaltung dieser Saline. Neuere Untersuchungen versprochen günstigere Resultate; die Regierung könne aus allen diesen Gründen nicht auf den Antrag, die Saline zu verkaufen, eingehen. — Abg. Beder (Simmern): Die Stadt Kreuznach könne die Saline nicht entbehren. — Abg. Behrend: Seit Auffindung der Saline zu Staßfurt sei die Erhaltung der kleinen Saline nicht mehr nöthig; man wolle die Saline zu Münster am Stein nur in Rücksicht auf Kreuznach erhalten. Indes könne dies Bad auch aus anderen Salinen seine Heilquellen beziehen und dem Kranken würde dies gleichgültig sein. Die Erhöhung der Einnahme der Saline Münster am Stein sei nur dadurch erzielt, daß die Bergwerke höhere Preise für das Salz zahlen. — Der Finanzminister: Es sei unrichtig, daß die Finanzverwaltung der Salinenverwaltung zu Münster am Stein einen höheren Preis zahle. Keine Privatgesellschaft werde ohne Gewinn das Salz verkaufen. Die Regierung weiß aber, daß sich ein Verlust nicht herausstellen

Briefe aus Böhmen.

X.

K Teplitz, 31. Juli.

Vorgestern mußte ich von dem schönen Karlsbad und seinem rauschenden Sprudel, der seinen dampfenden Gicht meinem Fenster gegenüber erhob, Abschied nehmen, um in den warmen Bädern der hiesigen alkalischen Salzquellen meine Kur fortzusetzen. In der Nacht hatte ein heftiges Gewitter die Luft abgekühlt und den Staub gelöst; es regnete aber ferner nicht. Das Wetter war uns also günstig, wahrscheinlich, weil ich und ein anderer Gott wohlgefälliger Mann, ein katholischer Priester aus Währen, im Stellwagen saßen. Die Straße führte uns zunächst nach dem Flecken Schlaggenwerth, dessen Name wahrscheinlich von der in der Nähe vorkommenden Kava, deutsch Schlacke, abzuleiten ist. Die Großherzogliche Familie von Toskana, beist dort ein Schloß mit einer Herrschaft und bringt da jetzt einen Theil ihrer unfreiwilligen Muße zu. Die Bergstadt Joachimsthal konnten wir, obwohl nur etwa eine halbe Meile davon entfernt, nicht sehen, weil sie in einem Thale versteckt liegt. Wir war sie merkwürdig, weil von ihr unser „Thaler“ und, als eine Umbildung davon, der „Dollár“ ihren Namen erhalten haben. Dort wurden zuerst und zwar im 15. Jahrhundert von der Ausbeute der noch jetzt ergiebigen Silberadern die großen „Joachimsthaler“ Münzen geprägt, die man dann kurzweg „Thaler“ nannte und noch heute nennt.

Die erste kleinere Hälfte unseres Weges führen wir meistentheils in romantischem Waldgebirge mit den herrlichsten Ansichten. Mehrere der Regelberge trugen auf Ihren Gipfeln Ruinen von Burgen. Um eine derselben, Radan, soll Karl der Große mit den Tscheken gekämpft haben. Hinter Klösterle kamen wir mehr in ebenes Land. Der Rücken des Erzgebirges mit seinen sanften Erhebungen und Senkungen lag uns in schon ziemlich blauer Entfernung zur Linken, die süß zum Theil ohne Vorberge sich erhebenden Regel des böhmischen Mittelgebirges zur rechten Hand. Vor Briz erschien uns als das merkwürdigste Gebilde des letzteren der Biliner Felsen oder Tschich der „Porjchen“, einem ungeheuren Elephanten außerordentlich ähnlich; endlich näher an Teplitz unter kleineren Nachbarn die höchste Spitze desselben, der wegen seiner ausgedehnten und ausgezeichneten Aussicht vielbesuchte Wilschauer Donnersberg.

Auf der ganzen Strecke in Thalerweiterungen und auf der Ebene sahen wir Bergwerke von trefflichen Braunkohlen, auch von Eisenerz, welches aber zum Ausmelzen sehr weit nach Hochöfen im Böhmer Walde gebracht wird. Die Braunkohlenlager sind auch sehr ergiebig und mächtig. Bei Dux konnten wir vom Wagen aus an der Straße in eine Grube blicken, wo die Kohle unter einer Erdschicht von zwei Fuß als eine Wand von wenigstens 20 Fuß anstand; sie soll aber 10 bis 12 Klaftern mächtig sein. Wie sticht dagegen das einzige wirtschaftlich lohnende

Lager unserer Provinz von Stopka bei Poln. Krone ab! Dasselbe ist 3 bis 4 Fuß mächtig, liegt mehrere Ruthen unter der Oberfläche, erfordert regelmäßige Erdbauten und Förderung durch einen gehörigen Schacht; und was wird schließlich gefördert? — Eine Art Kohlschluff, welcher erst durch künstliche Pressung rechten Feuerungswert erhält. Hier dagegen liefert die Natur harte, glänzend schwarzbraune Stücke von 3 bis 8 Zoll Durchmesser. Bei Karlsbad ist sie in einer Grube so fett, daß sie mit Flamme brennt, wie eine Fackel — das ist die sogenannte Beckkohle.

Ja es ist ein von der Natur reich gesegnetes Land, dieses Böhmen, aber noch lange nicht das reichste der österreichischen Krone. Welche Staatswirtschaft gehörte dazu, um den ganzen Staat dennoch so arm zu machen! Merkwürdig, daß dieses Räthsel's Lösung dem beschränkten Unterthanenverstand schon lange gelungen war, als ihm von der Polizei noch verboten war, nur darüber nachzudenken. Zur Zeit als Metternich noch Haus-, Hof- und (daneben auch) Staatskanzler war, hörte ich auf dem Donnersberge einen böhmischen Kaufmann unter dem Eindruck der herrlichen Aussicht über einen großen Theil von Böhmen sich in folgender Weise Luft machen: „Schönes Land! Wie glücklich könnte man in ihm leben, wenn die Pfaffen nicht wären!“ Und doch hat man in Desterreich nachher, nach dem Jahre 1848, die Staatsweisheit so weit getrieben, daß man zu seiner Sicherung völlig unter die Pfaffenkutte gekrochen ist. Ja, man kann sich noch jetzt nicht entschließen, wieder hervorzukommen, obgleich man darunter doch nun gründlich verregnet ist.

Auf den Feldern an unserem Wege war große Thätigkeit. Der Unterschied der höheren und tieferen Lage machte sich dadurch bemerklich, daß bei Karlsbad noch ein Theil des Roggens auf dem Halm stand, während man weiter unten Weizen und Hafer schnitt. Letzteres geschah theils durch Weiber mit der Sichel, theils durch Männer mit der Sense; beide Arten des Schneidens sind in der Gegend noch mit einander im Kampf, während, nach der Versicherung meines geistlichen Reisegefährten, in Währen schon seit mehreren Jahren der Sieg von der Sense errungen ist. Die von mir früher erwähnten drei Fuß breiten Beetchen sind hier ein Haupthinderniß für den gleichen und rascheren Erfolg der letzteren, da sie nicht darauf eingerichtet ist, das Stroh aus den Furchen herauszuholen und deshalb zu hohe Stoppeln stehen läßt. Jetzt weiß ich, daß einsichtige Landwirthe des Landes diese Kämme als bloßen alten Schlenorian verwerfen und sie gleichzeitig mit der Sichel abschaffen. Zum Grasmähen ist die Sense schon länger im Gebrauch; sie ist kürzer und an der Wurzel breiter als unsere norddeutsche, und hat an der Spitze 2—3 Zoll weit eine stumpfe Schneide, wovon ich mir auch keinen stichhaltigen Grund denken kann.

Hinter Warten sahen wir immer häufiger die Vereinigung der Obstzucht mit dem Feldfruchtbau, indem die Felder in regelmäßigen Reihen mit Obstbäumen bepflanzt sind. Es ist das der Landstrich von

Böhmen, welcher einen großen Theil von Nord-Mitteldeutschland mit Obst in frischem, noch mehr in getrocknetem Zustande versorgt. Auch Wallnuß- und echte Kastanienbäume sahen wir viel; die Zucht von beiden kommt jetzt erst in allgemeiner Aufnahme. Ich bemerke dabei, daß die letzteren ohne Zweifel nicht bloß die Winter in unserer Provinz aushalten, sondern in günstigen Lagen auch reife Früchte tragen.

Von der Fruchtbarkeit des Bodens und dem Reichthum seiner Bebauung gaben sehr wohlbestandene Runkelrübenfelder und palastartige Zuckerrübenfabriken, besonders in Dux Kunde.

Kleinere Mittheilungen.

* **Die lustige Nationaltrauer.** Sämmtliche nichtdeutsche Stämme des österreichischen Kaiserstaates spielen mit mehr oder weniger Talent und Aplomb Nationaltrauer-Komödie, die, in der Nähe betrachtet, durchaus nichts Ergreifendes oder Rührendes hat, sondern einen überaus lustigen und komischen Eindruck macht. In Pest verlangte im letzten Fasching die Nationaltrauer, daß die Aristokratie keine Bälle gebe. Dafür besuchten die jungen Herren aus hohen Häusern denn um so fleißiger Tanzunterhaltungen der in der ungarischen Hauptstadt so üppig wuchernden Demi-Monde. In Venedig erlaubt die Nationaltrauer das Tanzen von Walzen und Quadrillen nicht; hingegen ist trotz der Nationaltrauer Mazurka und Polka-Mazurka gestattet. Bei üppigen Champagner-Dinern werden andächtige Strohseizer um die Wiederherstellung Polens vom Stapel gelassen und religiöse Trauer-Glegien gesungen. Im Süden muß die Nationaltrauer durch irgend einen schwarzen Stednadelfopf oder Ring angedeutet werden. Die Slovenen freuen sich auf ihr Haupt, weil ihr ganzer Literaturkreis nur 43 Bände stark ist und es deshalb der Regierung beim besten Willen schwer wird, im amtlichen Verkehr sich der gänzlich unangebildeten slovenischen Sprache zu bedienen. Die Slovaken schreiben Wehe über die Magyaren, die Zigeuner erlassen Schmerzensschreie über ihre Behandlung von Seiten der Panduren, die Juden über die Stuhlrichter, und alle Völker insgesamt über die Deutschen.

* **Japanische Gesandtschaften in Europa.** Eine ganz ähnliche japanische Gesandtschaft, wie diejenige, die wir kürzlich in Berlin gesehen, befand sich bereits im 16. Jahrhundert in Europa, und zwar begab sie sich damals weder nach England, noch nach Holland, Deutschland und Frankreich, sondern nach Italien und Spanien, als den damaligen Brennpunkten der Macht sowohl als des Handels von Europa. In Italien besuchte die Gesandtschaft, an deren Spitze der sogenannte „Fürst“ Mar-Tschito-Kami stand, nächst Venedig und Genua auch die Höfe von Ferrara und Modena, sowie Rom. Vier wurden sie vom Papst Gregor XIII. am 22. März 1585 empfangen und auf das Glänzendste aufgenommen. Man machte jedoch schon damals die Bemerkung, daß Europa schwerlich große Vortheile von dieser Gesandtschaft haben werde, vielmehr sich in Acht zu nehmen habe, von den schlauen Japanesen nicht hinter's Licht geführt zu werden. In der That brachen nicht allzu lange nachher die ersten Christenverfolgungen in Japan aus, an die sich dann im folgenden Jahrhundert die völlige Vertreibung und Ausschließung der Europäer reihte.

(Magazin.)

wird und sie kann auf den Verkauf nicht eingehen. — Der Minister des Innern kennt aus seiner früheren Stellung als Landrath in Kreuznach die Verhältnisse; es habe sich kein Käufer für die Saline gefunden. Für die Mutterlauge, die nach ganz Europa verhandelt wird, genügt selbst beide Salinen nicht und es fehle jetzt schon an Produkt. Der volkswirtschaftliche Standpunkt spreche für die Erhaltung der Saline, deren Zweck die Vermittlung von Bode ist. — Abg. Birchow: hier liege ein Fall vor, auf welchen das Sprichwort paßt: Kleine Diebe hängen man, große läßt man laufen. Gerade bei dieser Saline sei man an einem Wendepunkt angelangt. Die Einnahme an Salz sei seit 1859 um 1240 Thlr. gestiegen, der Ertrag an Mutterlauge gar um 2815 Thlr. Dem gegenüber stehe eine Verminderung an Ausgaben um 3155 Thlr., es sei also ein Plus von 5000 Thlr. gegen 1859; ein gewiß günstiges Resultat. Es scheine allerdings, als ob die Regierung die Kreuznacher Aktiengesellschaft früher bevorzugt habe; jetzt aber habe die Regierung eine Steigerung eintreten lassen, welche die Gesellschaft sehr leicht tragen wird. Es sei nicht richtig, daß wenn Minister eingehen würde, Theodorshall den Bedarf decken könnte. Sicher sei hier das volkswirtschaftliche Interesse nicht gering anzuschlagen; die ganze Gegend sei im Aufblühen begriffen und sie verdanke dies der Seilmanne. Man möge das für 1863 in Aussicht gestellte Resultat abwarten. — Der Regierungskommissar giebt Einzelheiten über die technischen Verhältnisse der Saline. — Nachdem der Minister des Innern eine Voransetzung des Abgeordneten Birchow berichtet, und der Reichstag Abgeordneter Sello den Kommissionsantrag verteidigt hat, wird derselbe bei der Abstimmung mit großer Majorität verworfen. — Alle Titel werden genehmigt.

Über Bergämter. Die 4 Titel ohne Diskussion bewilligt. — Sonstige Verwaltungskosten. Die Kommission beantragt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: A. 1) der k. k. Staatsregierung gegenüber auszusprechen, daß es den in der Session von 1861 gefaßten Beschlüssen: daß die Staatsregierung dem nächsten Landtage den Plan zur Errichtung einer Berg-Akademie behufs geistlicher Regulierung dieser Sache vorlegen werde, durch die gegenwärtigen Vorlagen nicht für erledigt erachtet; 2) sich mit Errichtung einer Berg-Akademie in Berlin, als einer provisorischen Anstalt; dagegen nicht mit den für dieselbe aufgestellten ministeriellen Vorschriften einverstanden zu erklären; 3) zugleich gegen die Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, sie werde durch baldige Errichtung einer großen, reichlich ausgestatteten, hinreichend unabhängigen, polytechnischen Anstalt, welche zugleich für den Unterricht in Fache der Berg-, Hütten- und Salinenkunde dient, den Anforderungen der Zeit entsprechen. B. Die Ausgaben für die Berg-Akademie in einem besonderen Titel in den Staatshaushalts-Etat aufnehmen. — Gegen denselben nimmt Abg. Reichensperger (Bekannt) das Wort: Der Antrag stelle eine erhebliche Ausgabe in Aussicht; wörtlich aufgestellt, gebe er der Regierung eine sehr weitgehende diskretionäre Gewalt. Es werde nicht der Plan gefordert, sondern die Regierung werde zur Errichtung der Akademie aufgefordert. Es sei ein beliebtes technisches Schlagwort: „den Anforderungen der Zeit entsprechend“; mit solchen Ausdrücken dürfe sich aber das Haus nicht beschäftigen. Jeder mache sich andere Wünsche, die der Zeit entsprechen sollten. Er sei für die Decentralisation, er sei gegen das Konglomerieren. Eine solche Akademie in Berlin sei durchaus unpraktisch; man müsse sie an Orte verlegen, wo Theorie mit der Praxis verbunden werden kann. Alle Theorien sind grau; so habe man auch die Kunst durch Akademien aufhellen wollen und habe nichts erreicht. Die Centralisation in Paris habe es möglich gemacht, daß innerhalb dreier Generationen zehn und noch mehr Verfassungen eingeführt werden konnten. Man möge doch daran denken, für die Bedürfnisse des Lebens zu sorgen. — Abg. Birchow: Die Kommission schlägt eine polytechnische Anstalt vor; es liege noch gar nicht in Frage, ob diese Anstalt in Berlin oder anderswo gegründet werden solle. Das Provinzialgesetz allein soll in Berlin geschehen. Was Punkt 2. des Antrages betreffe, so sei derselbe hervorgegangen aus den Bedenken, welche die jetzige bürokratische Einrichtung einlöse. — Der Regierungskommissar: Es sei zu fragen, was man unter einem Polytechnicum verstehe. Die bestehenden Anstalten in Paris, Stuttgart u. s. w. behandeln in 2 Abtheilungen die Vorwissenchaften und Fachwissenschaften. Ebenso sei das Gewerbe-Institut organisiert. Bei der Umbildung habe sich die Regierung die Frage gestellt, ob eine Verbindung mit der Bergakademie zu bewirken sei. Der Zweck hätte kein anderer sein können, als eine lokale Verbindung; die fachliche Trennung wäre doch geblieben. Die Bergakademie ergänzt Institut und Universität, sei aber ein selbstständiges Institut und müsse als solches erhalten werden. Wollte man spezielle Nachweisung, so müßten besondere Anträge gestellt werden. Wenn gegen das Reglement Anstellungen gemacht würden, so wolle man bedenken, daß es erst seit kurzer Zeit bestehe. Die Anstalt habe sich als eine sehr nützliche bewährt; ihr definitives Fortbestehen sei wünschenswert. Das Haus möge den Antrag A. ablehnen, gegen den Antrag B. habe die Regierung nichts einzuwenden.

Abg. v. Vincke: Die Kommission habe nicht genug Gewicht gelegt auf eine geistliche Regulierung der Sache; so lange das nicht geschehen, sei die Anstalt nur provisorisch. Wenn man erkläre, man wolle Erfahrungen machen, so sei dies bedenklich; persönliche Erfahrungen der Minister würden immer nur sehr schwankende sein. So würden die Ansichten des Herrn v. Holzbrunn von denen des Herrn v. d. Heydt abweichend sein. Man müsse also auf eine geistliche Regulierung dringen und die Anträge 1 und 2 seien gerechtfertigt. Gernell könne man den Antrag Nr. 3 nicht annehmen, wenn man auch mit dem Prinzip einverstanden wäre. Anträge, wo man sagen könne, buchstäblich seien sie nicht zu verstehen, seien bedenklich; denn späterhin könne man nur nach dem Buchstaben gehen. Die Errichtung einer Bergakademie in Berlin sei durchaus nicht zu empfehlen, und darin müsse man dem Abg. für Berlin zustimmen. Bei einer geistlichen Regulierung werde man doch die Lokalitäten berücksichtigen müssen. Am Rhein bewerben sich zwei Städte um die Errichtung einer polytechnischen Schule; werde da der Staat in Anspruch genommen, so werde die Frage wegen geistlicher Regulierung zum Antrag kommen. — Abg. Reichensperger (Bekannt): Die Fortschrittspartei würde mit Annahme des Antrages in Widerspruch mit ihrem Verfahren in Finanzsachen kommen; sie, die so ängstlich vor vollen Thatsachen warnt. Der Centralisation dürfe man nirgends Vorbehalt leisten. Damit komme man dahin, daß ein dicker Kopf herauswächst, der auf dünnen Beinen steht. — Abg. Pfister: Er befördere seit 19 Jahren Berg- und Hüttenleute nach Amerika. Anfangs war kein Ueberfluß. Er habe daher Leute engagirt und dann ausbilden lassen müssen. Seit 4 Jahren sind in Menge junge Mannen nach Deutschland zu ihrer bergmännischen Ausbildung gekommen. Diese hatten sie in Preußen nicht finden können. Uebrigens müsse auch es für unsatthaltig erklären, die Akademien dauernd an einem Orte zu errichten, wo nicht zugleich praktisch geübt werde. — Es werden Amendements von den Abgg. Behrend und Stavenhagen gestellt. — Abg. Waldeck für den Kommissionsantrag, welchen er für vollkommen korrekt erklärt. Die Kommission habe offenbar Anstalten, wie das Polytechnicum in Karlsruhe und Berlin im Auge gehabt. — Abg. v. Sydow gegen den Antrag, indem er sich zugleich für die Centralisation des Unterrichts in fachlicher Beziehung erklärt. Es sei aber kein Nachtheil, den Unterricht in diesen Fächern lokal zu centralisieren. Er beantragt ein Unteramendement zu dem Amendement Stavenhagen.

Die Diskussion ist geschlossen. Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Sello wird das Alinea A. 1. fast einstimmig angenommen, ebenso das Alinea 2. mit großer Majorität. Das zu Alinea 3. gestellte Unteramendement v. Sydow zu dem Amendement Stavenhagen, anstatt Anstalt zu sagen: „Anstalten“ in dem Kommissionsantrage, verworfen; das Amendement Stavenhagen: zu 3. des Kommissionsantrages zuzufügen: „und der Landesvertretung darüber Vorlagen zu machen“, angenommen, womit das Amendement Behrend und der Kommissionsantrag erledigt sind. — Litt. B. wird angenommen. — Die 5 Titel werden genehmigt. Die Positionen dieses Abschnittes werden genehmigt. Zu dem Abschnitt: Einmalige außerordentliche Ausgaben, hat die Kommission den Antrag gestellt: den Betrag Lit. 1. von 30,000 Thlr. auf 25,000 Thlr. herabzusetzen. — Abg. Jacob gegen den Antrag. — Der Handelsminister: Die Regierung werde das Meiste thun, um den Debit der Steinkohlen auszubehnen. Er bitte die ganze Summe zu bewilligen. — Der Antrag der Kommission wird angenommen; demgemäß nur die Position dieses Abschnittes nach dem Antrag der Kommission genehmigt. — Abg. v. Bennigsen beantragt, dem Bericht in Zukunft eine Nachweisung des Vermögens der Gewerkschaften und der ehemaligen heftigen Antisasse beizufügen. Der Antrag wird angenommen. — Etat 1863. — Abg. Jacob erneuert seinen Antrag wegen der Kalköfen. — Abg. v. Bennigsen beantragt, dem Kommissionsvorschlage, 26,910 Thlr. für zwei Kalköfengruppen in Saarbrücken abzugeben, nicht beizufügen. — Nach Erläuterungen des Handelsministers spricht sich Abg. Oetters für den Antrag aus. Die Regierung sei ein gefährlicher Konkurrent für Privatleute, sie erdrücke die Privatindustrie. —

Die Absetzung wird beschlossen. Der Etat giebt zu ernstlichen Debatten nicht mehr Anlaß. II. Hüttenwerke. Die Positionen werden nach dem Antrage der Kommission genehmigt. III. Salzwerke. Ohne Diskussion. Ebenso bei IV.: Verwaltungskosten und Oberbergämter und sonstige Verwaltungsausgaben. Zum Abschnitt: Einmalige außerordentliche Ausgaben, hat die Kommission den Antrag gestellt, die Ausgaben für Bauprämien auf 25,000 Thlr. zu vermindern; der Antrag wird angenommen. Ebenso Antrag XXV., wodurch der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt ist.

Der zweite Gegenstand ist der zweite Bericht der Kommission für das Unterrichtswesen über Petitionen: I. Die Anstellung Angelegenheit des Dr. Zutrofski bei der städtischen Realschule in Posen. — Der Berichterstatter Abg. Köppl (Breslau): Der Dr. Zutrofski habe mit anderen jüdischen jungen Leuten in Breslau zu einer Zeit studirt, wo sie glaubten, sich ihrem philologischen Berufe, gestützt auf die Verfassung, ungehindert hingeben zu können. Sie hatten Vertrauen und Redner theilte dieses Vertrauen. Er habe nie Gelegenheit gehabt zu bereuen, daß er den jungen Leuten nicht abgerathen hat, der Zukunft zu trauen; sie gehörten zu den tüchtigsten Jünglingen in der historischen Klasse. Was ist aus ihnen geworden? Zwei haben sich taufen lassen und sind angestellt; die anderen sind Juden geblieben und haben sich kümmerlich durchschlagen müssen, denn alle Lehraufträge waren ihnen verweigert. Dem Dr. Zutrofski sei es gelungen, eine Stelle zu finden; aber er dürfe in Serta nicht Geschichte lehren, dürfte auch den geographischen Unterricht in der Secunda nicht geben, weil er ein Jude ist. Er sei nicht bestätigt worden, weil er Jude, die Anstalt aber eine christliche ist. Dem Berichte sei in dieser Beziehung wenig hinzuzufügen. Prinzipiell sei durch Art. 4 und 12 die Anstellungsfähigkeit der Juden an Schulen entschieden. Die Kommission sei der Ansicht, daß, wenn irgendwo thatsächliche Verhältnisse die Anstellung eines Juden an einer Unterrichtsanstalt wünschenswerth machen, es gerade hier der Fall sei. — Der Regierungskommissar: Auf die spezielle Bedingung einzugehen, würde ein genaues Eingehen auf das pädagogische Wesen der Schulaufgaben erfordern. Es stehen sich in dem vorliegenden Falle zwei Ansichten entgegen; die Regierung halte die Schule für eine christliche und es könnten dort jüdische Lehrer keine Aufnahme finden. (Kedner geht auf die Geschichte der Schule ein, wie wir sie bereits ausführlich mitgeteilt haben.) Es wären lange Verhandlungen gepflogen worden; niemals aber sei von Anstellung jüdischer Lehrer die Rede gewesen; ja bei dem Antrage des Dr. Löwenthal habe sich das Patronat bei der einmaligen Erklärung des Ministeriums beruhigt. (Der Justizminister Graf zur Lippe tritt ein.) Der Rektor habe ferner selbst erklärt, die Realschule sei eine Simultan- und das Patronat habe keinen Einspruch dagegen gethan.

Abg. v. Mallinckrodt spricht sich gegen den Kommissionsantrag aus; die Auffassungen der Kommission seien nicht richtig. Der Referent habe den Punkt, um den es sich handelt, irrig bezeichnet. Es handle sich nicht um eine Emancipation der Juden, sondern um eine Entchristlichung der Lehraufträge; Gerechtigkeit müsse man handhaben nach Maßgabe der Gesetze. Da hätten aber die Artikel 4 und 12 der Verfassung nichts mit der vorliegenden Frage zu thun. Jedenfalls haben nach Artikel 12 Gesetze, die noch nicht außer Kraft getreten sind, ihre volle Kraft. Die Regierung würde sich mit den Bestimmungen des Gesetzes von 1847 im Widerspruch befinden, wenn sie den Dr. Zutrofski bestätigt hätte. — Abg. Dr. Kupp: Der Posener Magistrat habe hier den Beweis geführt, daß die Regierung sich von den Eingebungen einer tendenziösen Politik bestimmen läßt. Alle behaupteten Thatsachen seien mit der wahren Sachlage im Widerspruch. Es hätten wohl in den 40er Jahren Unterhandlungen stattgefunden; mit Promulgation des Gesetzes von 1847 sei der verpönte Plan aufgegeben und erst seit 1848 wieder aufgenommen worden. Die Anstellung von Juden konnte nun auf ein gesetzliches Hinderniß nicht mehr stoßen. Grabe der Fall mit Dr. Löwenthal beweise das Gegentheil dessen, was daraus gefolgert worden. Kedner tadelt noch besonders das Verfahren, daß man an einer Schule einen Lehrer zum Probejahr zulasse, ihn fort und fort beschäftige und doch jede Aussicht auf Anstellung nehme. Ebenso rügt er, daß die Staatsregierung bald die Ueberzeugung ausgesprochen, daß das Gesetz von 1847 durch Artikel 12 der Verfassung aufgehoben, bald daß dasselbe noch zu respektiren sei. Dies sei nicht der Weg, um sich Vertrauen zu erwerben. Uebrigens wenn die Regierung es als eine Forderung des Christenthums bezeichne, daß Juden von christlichen Lehraufträgen ausgeschlossen werden, so erscheine es in den Augen der städtischen Behörden von Posen eine Forderung des Christenthums, Duldung zu üben. Einrichtungen, die mit der Verfassung nicht im Widerspruch stehen, zu verdrängen, sei ein tendenziöses Verfahren und nicht vereinbar mit dem Grundsatz der Toleranz, auf welchem unsere Verfassung beruhe. Die neue Schulgesetzgebung beginne mit dem Landrecht; dasselbe öffnete den Kindern aller Konfessionen die Schule und berechtige die Eltern, ihre Kinder von dem Religionsunterricht entfernt zu halten, wenn derselbe nicht von einem Angehörigen ihrer Konfession erteilt würde. Diese Anordnung befürworte die Anstellung jüdischer Lehrer. Unser Kultusminister verlange, daß der christliche Charakter der Schulen aufrecht erhalten bleibe, daß also der spezifisch christliche Charakter, wie der Minister ihn versteht, in alle Disciplinen eindringe. Es sei aber begreiflich, daß der Minister, in den Ansichten des Oberkirchenraths groß geworden, sich mit dem Allgemeinen Landrecht nicht verständig fühle.

Der Kultusminister: Es handle sich hier nicht um eine persönliche Angelegenheit, sondern um das Prinzip, in unseren christlichen Schulen die Gleichgültigkeit des Glaubens der Lehrer auszusprechen und den Charakter der christlichen Schulen zu alteriren. Bis auf den heutigen Tag sei dieses nicht der Fall gewesen; alle Schulen seien auch nach den Bestimmungen des Landrechts konfessionelle Schulen gewesen und geblieben. Es handle sich also nicht um eine Zurückverwandlung. Nach der bestehenden gesetzlichen Bestimmung sei die Zulassung jüdischer Lehrer in christlichen Schulen nicht stehen des Recht in Preußen; das Gesetz vom 23. Juli 1847 spreche sich hierüber klar aus. Wollte man sagen, daß die Verfassung das Gesetz aufgehoben, so müsse man sich die Bestimmungen in Art. 12 etwas genauer ansehen. Es sei ein Unterschied im Unterrichte und Erziehen. Wenn Unterrichts lasse sich ein konfessioneller Unterricht nicht begründen; verlangen die Väter und Mütter unserer Kinder auch eine Erziehung, so sei die Qualität des Lehrers, konfessionell betrachtet, nicht gleichgültig. Wenn auf Grund des Art. 24 in den Volksschulen die konfessionellen Verhältnisse berücksichtigt werden sollen, warum solle dies nicht ebenso mit den höheren Schulen der Fall sein? (Bewegung; die Klingel des Präsidenten ertönt.) Die Verfassung spricht von der evangelischen und katholischen Kirche, aber von anderen Religionsgesellschaften; und diesen Unterschied müsse man festhalten. Die Regierung könne nicht von dem Boden des bestehenden Gesetzes abgehen. — Der Regierungskommissar: Der Staatsaufsatz, von dem die Rede gewesen, sei nicht angeboten, sondern erbeten worden; mit dem Gewähren des Zuschusses werde der Staat Kompatron und betheilige sich an der Wahl der Lehrer. Es sei ein Unterschied zwischen Lehrplan und Vorkursplan; letzterer sei nur eine Tabelle, ersterer ein starkes Volumen mit principiellen Erörterungen.

Der Abg. Biegler geht auf die Verhandlungen in der Kommission und auf die dort abgegebenen Erklärungen des Regierungskommissars ein. Auf die Frage: ob offiziell die Posener Realschule als Simultan- und anerkannt werde, habe der Regierungskommissar erklärt, daß man aus besonderen Gründen dort das Alternat nicht wolle, folglich die Realschule offiziell nicht als Simultan- und anerkannt könne. — Der Regierungskommissar Wiese beruft sich auf die übrigen Mitglieder der Kommission, daß er dort nichts anderes erklärt habe, als heute. Die beiden Erfordernisse der Simultan- und Anerkennung habe er angegeben. Das erste Erforderniß sei in Posen vorhanden, in Betreff des letztern Alternat des Direktors habe er nur gesagt, daß der Fall noch nicht eingetreten sei, weil der jetzige Direktor der erste ist. Ob man aber wirklich alterniren werde, könne man bei den eigenthümlichen Umständen der Provinz Posen nicht wissen. — Abg. Birchow: Es handle sich hier um eine Sache, in welcher die Staatsregierung sich in eine unbillbare Stellung begeben hat. Der landrechtliche Standpunkt müsse immer den Ausgangspunkt abgeben. Der frühere Minister habe behauptet, daß die Posener Realschule stiftungsmäßig eine christliche sei; der Stifter selbst bestreite dies. Hier wolle man nun otfroviren. Der Kultusminister scheint den §. 5 des Gesetzes von 1848, noch vor der Verfassung erlassen, zu übersehen; darin stehe, daß die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte unabhängig sei von dem religiösen Bekenntnis. Auch die Begründung seiner Ansicht durch andere Artikel der Verfassung sei nicht richtig. Der historische Charakter einer eben erst begründeten Schule lasse sich auf andere Weise erfahren, als durch die dialektische Zusammenstellung von Verhandlungen. Dem Dr. Zutrofski sei der Geschichtsunterricht unterfragt worden, er habe aber einen jungen Historiker an der hiesigen Universität angeführt, der auch Jude und obgleich Jude, ein gründlicher Kenner der Geschichte des Papstthums sei. Der Minister würde also nur consequent gehandelt haben, wenn er den Dr. Zutrofski als Ge-

sichtslehrer bestätigt hätte. Hier liege übrigens weniger die Angelegenheit des Dr. Zutrofski vor, als die Frage, in wie weit der Posener Kommune die Befugnis der Selbstverwaltung erhalten werden soll, und ob der Regierung Eingriffe in diese Befugnis zuzustehen. — Der Kultusminister: Was die Anstellung des jungen jüdischen Historikers als Professor an der Universität betrifft, so habe er sie gern vollzogen, habe sich aber auch damit nicht in Widerspruch mit dem Gesetze gestellt. — Es sind Anträge auf Schluß der Diskussion und auf namentliche Abstimmung eingegangen. Der Antrag auf Schluß wird unterstützt und angenommen. — Zu persönlichen Bemerkungen nehmen das Wort die Abgeordneten v. Hennig (Straßburg), Biegler, Berger (Posen), welcher dem Regierungskommissar gradwegs erklärt, daß er bei der Stiftung nicht daran gedacht habe, der Schule einen konfessionellen Charakter zu geben, sonst würde er auch von den Lehrern gesprochen haben (lebhafter Beifall); Baur, Dr. Kupp, Dr. Birchow und v. Mallinckrodt.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Köppl (Breslau): Ein so hartes Wort, wie der vorige Kultusminister im vorigen Winter über den Charakter der jüdischen Nation gesprochen, sei heute nicht gefallen, aber nahe daran Streifendes, denn der Herr Minister habe heute den jüdischen Lehrern die Befähigung zur sittlichen Erziehung abgesprochen. Die jüdischen Lehrer würden die sittliche Entwicklung der Kinder wahrlich nicht hemmen und dies könne er an einem Beispiel recht schlagend nachweisen. Der Stifter der Realschulen sei der jüdische Professor Unzer in Erfurt. Als dieser jüngst sein Jubiläum gefeiert, habe ihm die ganze Stadt ihren Dank ausgedrückt für seine lehrreiche Wirksamkeit, und als er bald darauf pensionirt wurde, sei ihm als Anerkennung das ganze Gehalt als Pension beibehalten worden. Wie die Dinge jetzt liegen, sei zu bezweifeln, ob das heutige Votum sofort praktische Folgen haben werde; man möge aber nicht müde werden, einzutreten für das Recht, auch wenn der Erfolg dahin steht. Gerade in dem Augenblicke, wo wir in Preußen 50 Jahre nach dem Edikt von 1812 und zwölf Jahre, seitdem die Verfassung verfaßt, vor dem heute verhandelten konkreten Falle stehen, sei aus Petersburg ein Telegramm angelangt, wonach in der heutigen Senatssitzung ein Ukas veröffentlicht worden, des Inhalts, daß den Jüdinnen im Besitze akademischer Doktoren-Diplome, so wie den jüdischen Doktoren und Chirurgen der Eintritt zu allen Staatsämtern gestattet ist. (Allseitige Bewegung.) — Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird nicht genügend unterstützt, der Kommissionsantrag: „Die Petition des Magistrats zu Posen der Regierung zur Abhilfe zu überweisen“, mit sehr großer Majorität angenommen. Dagegen stimmen nur etwa 20 Mitglieder der katholischen Fraktion und die anwesenden Mitglieder der konservativen Partei. — Um 3 Uhr wird die Sitzung auf Mittwoch 9 Uhr vertagt. Tages-Ordnung: Petitionsberichte.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 19. Aug. [Zum Landrath für den Kreis Posen] ist der Landrath des Obelauer Kreises, Wocke, ernannt worden, der sein Amt, wie wir hören, mit dem 1. Oktober c. übernehmen wird. Sein verstorbener Vorgänger, Landrath v. Hindenburg, war jahrelang krank und in dem von ihm beinahe gar nicht bereisten Kreise wenig bekannt. Herr Wocke, früher Rechtsanwalt in Rawicz, ist der polnischen Sprache mächtig und als tüchtiger Beamter bekannt.

Posen, 19. Aug. Gestern wurde eines Circularschreibens des Herrn Erzbischofs v. Przyluski an seine Diöcesanen erwähnt. Es möge heute noch die auf die politischen Verhältnisse der Polen bezügliche Stelle herausgehoben werden. „Ich lege — heißt es da — zu den Füßen Sr. Heiligkeit unsere Bedrängnisse nieder und bins, der selbst so schwer geprißt ist und darum für alle, welche des Trostes bedürfen, ein offenes Herz hat, spendete reichliche Worte des Mitgefühls. Die Gnade des h. Vaters bewegte mich tief und rührte mein Herz um so mehr, als ich Zeuge war seiner väterlichen Fürsorge und seines lebhaften Interesses an Allem, was wir nur zur Erlangung freier Verhältnisse für uns und unsere Kirche wünschen können. Nachdem ich dem apostolischen Stuhle die Huldigung der Ehrfurcht im Namen aller Katholiken beider Erzdiöcesen dargebracht, erhielt ich vom h. Vater die Ermächtigung zur Ertheilung des päpstlichen Segens sowohl an meine geliebten Diöcesanen beider Nationalitäten, als auch an alle unsere Brüder, welche in Rom nicht ihre geistlichen Vertreter hatten.“ In Bezug auf die dem Erzbischof seitens des Papstes zu Theil gewordenen Auszeichnungen sagt derselbe: „Ebenso kann ich nicht unerwähnt lassen, daß unter anderen Beweisen seiner Gnade der h. Vater meine beiden Erzdiöcesen auch dadurch nicht wenig auszeichnete, daß er ihrem Oberhirten sofort eine Audienz gewährte und ihm bei der Kanonisationsfeier an seiner Seite den Ehrenplatz unter den Patriarchen und Erzbischöfen anwies.“

Posen, 17. August. [Polonismus.] Der „Radwislanin“ erfüllt consequent seine Aufgabe, Polen, welche in geschäftlichen Beziehungen zu Deutschen treten, als Vaterlandsfeinde zu demüthigen. Wer von einem deutschen Schneider eine Szamarka kauft — anathema sit — wer in einem deutschen Hotel logirt — anathema sit — wer sein Grundstück an einen Deutschen verkauft — anathema sit. Heute gilt es dem Grafen Potulicki auf Potulicki bei Rakel, weil er auf seiner in fast rein deutscher Gegend belegenen Besitzung von ungefähr 30,000 Morgen unter zehn Wirtschaftsbeamten, horribile dictu, sieben Deutsche hält! Der Graf wird im Namen Polens und seiner Nachkommen ermahnt, dieses Vergehen zu sühnen und sich bei seinen Landsleuten zu rehabilitiren.

Bei solcher Stimmung will man einen exclusiv nationalen landwirtschaftlichen Centralverein anerkannt wissen, der im §. 5 seiner Statuten die Filialvereine verpflichtet, allen seinen Anweisungen nachzukommen. Welcher deutsche Lokalverein möchte sich wohl diese Schlinge umwerfen lassen?

[Waisenstein.] Dem „Thgodnik katolicki“ werden aus dem Königreich Polen bezüglich der Feier der tausendjährigen Thronbesteigung des Pfaffen folgende Vorschläge gemacht: 1. der Papst möge gebeten werden um einen vollständigen Ablass für alle polnischen Diöcesen. In jeder Kathedrale sei ein achtstägiger Gottesdienst zu veranstalten, mit welchem Belehrung des Volkes über die Bedeutung der Feier zu verbinden sei. In allen anderen Kirchen des Landes sei wenigstens einmal und zwar überall an denselben Tage feierlicher Gottesdienst zu halten. 2. Alle in den Kathedralen zu haltenden Predigten wären zusammen dem Druck zu übergeben, um ein Andenken an die Feier zu bilden. 3. Anstatt eine Kapelle auf dem Hügel am Goplossee zu errichten, stelle man dem ersten Pfaffen und den Verkündern des Christenthums, Cyrillus und Methodius, ein entsprechendes Denkmal im Dome zu Gnesen oder daneben auf dem Hügel des Lechen auf. 4. Alle Diöcesen, die aus Gnesen das Licht des Evangeliums empfangen hätten, müßten zu einem Fonds zusammenstehen, um eine polnische Akademie zu errichten. 5. Komit's in Posen, Warschau und Krakau hätten dafür zu sorgen, daß die Feierlichkeit in Gnesen durch Delegationen aus allen polnischen Landestheilen besichtigt würde. 6. Es würde auch nicht schaden, wenn man noch ein Jahr wartete, um sich mit den Gnesen zu verständigen, damit auch sie an der Gnesener Feierlichkeit Theil nehmen.

[Polizeiverordnungen.] Die gefristete Notiz über eine im Merzbachischen Verlage hieselbst erscheinende Sammlung von Polizeiverordnungen ist dahin zu berichtigen, daß dieselbe nicht von dem Herrn Polizeipräsidenten v. Bärensprung angefertigt ist. Uebrigens ist eine solche Sammlung schon vor zwei Jahren hier im Deckerschen Verlage erschienen.

[Hausverkauf.] Das an der Wasser- und Schlosserstraßen-Ecke Rentier Schlegel, früher Brauereiger Hoffmannsche Grundstück Nr. 6, hat der Kolonialwaarenhändler Rallmann Brach freihändig für 18,500 Thlr. erworben.

(Beilage.)

Posen, 19. Aug. [Die Preise der vier Hauptgetreidearten und der Kartoffeln] in den für die preussische Monarchie bedeutendsten Marktstädten im Monat Juli 1862 werden nach einem monatlichen Durchschnitt in preuß. Sgr. und Scheffeln vom statistischen Bureau für folgende Städte der Provinz Posen nachstehend angegeben:

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
1) Posen	83 ¹ / ₂	57 ¹ / ₂	41 ¹ / ₂	33 ¹ / ₂	15
2) Bromberg	85	58 ¹ / ₂	39	31 ¹ / ₂	17
3) Krotoschin	80 ¹ / ₂	54 ¹ / ₂	42 ¹ / ₂	35 ¹ / ₂	12
4) Fraustadt	93 ¹ / ₂	60 ¹ / ₂	47 ¹ / ₂	33 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂
5) Gnesen	84	55 ¹ / ₂	41 ¹ / ₂	37 ¹ / ₂	17 ¹ / ₂
6) Rawicz	86 ¹ / ₂	56 ¹ / ₂	39 ¹ / ₂	27 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂
7) Elbląg	86 ¹ / ₂	61 ¹ / ₂	43 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂	14
8) Kempten	—	53 ¹ / ₂	40	25 ¹ / ₂	11 ¹ / ₂

Durchschnittspreise der 13 preussischen Städte	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
= 8 posenschen	87 ¹ / ₂	58	38 ¹ / ₂	31 ¹ / ₂	23 ¹ / ₂
= 5 brandenb.	85 ¹ / ₂	57 ¹ / ₂	41 ¹ / ₂	31 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂
= 5 pommerf.	89 ¹ / ₂	63 ¹ / ₂	44 ¹ / ₂	35 ¹ / ₂	18 ¹ / ₂
= 18 schlesf.	94 ¹ / ₂	65 ¹ / ₂	49 ¹ / ₂	38 ¹ / ₂	28 ¹ / ₂
= 8 sächsf.	86 ¹ / ₂	59 ¹ / ₂	39 ¹ / ₂	25 ¹ / ₂	17
= 14 westf.	90 ¹ / ₂	72 ¹ / ₂	47 ¹ / ₂	33 ¹ / ₂	22 ¹ / ₂
= 16 rheinf.	101 ¹ / ₂	78 ¹ / ₂	58 ¹ / ₂	41 ¹ / ₂	33 ¹ / ₂
= 16 rheinf.	105 ¹ / ₂	76 ¹ / ₂	55 ¹ / ₂	37 ¹ / ₂	29 ¹ / ₂

— [Schiffbarmachung der Warthe.] Innerhalb unserer Stadt werden in neuerer Zeit aus der Warthe längs der Schifferstraße hinter den Kleemannschen Speichern und an dem gegenüberliegenden Ufer alte Pfähle herausgezogen, welche bisher der Schiffahrt hinderlich waren, indem häufig die Oerfahne darauf stießen. Diese Arbeiten, welche von Seiten und aus Kosten der königlichen Regierung vorgenommen werden, indem Alles, was die Warthe und deren natürliche Ausbreitungen betrifft, Sache des Fiskus ist, werden in der Art ausgeführt, daß bei dem jetzigen niedrigen Wasserstande eine starke Kette aus den Pfählen dieser Warthe, so weit sie aus dem Erdboden unter dem Wasserspiegel heraustritt, gelegt wird, und daß dann vom Ufer her durch diesen Pfähle herausgezogen werden. Dabei brechen dann natürlich die meisten dieser Pfähle, namentlich die fichtenen, im Erdboden ab, womit jedoch für die Zwecke der Schiffbarmachung genug gewonnen ist. Man sieht an dem Kopfende dieser Pfähle sehr deutlich, wie häufig die Röhre dagegen gestoßen sind, indem sie dadurch förmlich abgerundet sind. Diese Pfähle stammen aus einer früheren Zeit her, als die Warthe noch ihren Lauf nach dem großen Ueberfall hatte, und längs dieses linken Ufers hier Bohlwerke standen. Erst im Jahre 1832, als die große Schleuse gebaut wurde, ist die Warthe in ihr jetziges Bett geführt worden, so daß das Stück von den Kleemannschen Speichern bis zur jetzigen Einmündung der Chyba künstlich ausgegraben ist.

— [Theater.] Auf das heutige Benehmen des Herrn Engelhard sehen wir uns zu sehr veranlaßt, aufmerksam zu machen, als diesem tüchtigen Schauspieler unser Publikum manchen Genuß zu verdanken hat und zu erwarten steht, daß er heute in den ausgewählten vier Stücken sein Talent nach den verschiedensten Richtungen zur Geltung bringen wird.

— [Der Obstmarkt.] am Wronker Thore war gestern wieder ungemein stark besetzt, so daß viele Fuhrn in der Wronkerstraße stehen bleiben mußten. In Folge dieser starken Zufuhr sank der Preis für das Tümmchen Obst (zu 25 bis 30 Quart) auf 5 bis 7¹/₂ Sgr. Offenbar werden unsere Hausfrauen diese Gelegenheit, billiges Obst zum Abbaufen für den Winter zu erhalten, nicht ungenutzt vorüber gehen lassen.

— [Ein Afrika-Reisender.] Zu der Zahl derjenigen tüchtigen Reisenden, welche das Innere Afrikas zu erforschen bestrebt sind, gehört auch ein junger Mann, welcher sich längere Zeit in Posen aufgehalten hat. Moritz v. Beurmann, einziger Sohn des früheren Oberpräsidenten von Posen, geboren 1835 zu Potsdam, genoss seine Schulbildung auf dem hiesigen Friedrich-Wilhelms-Gymnasium unter Direktor Kiepling, besuchte später seit 1850 die königl. Realschule zu Berlin, und beschäftigte sich vorzugsweise mit Physik und Chemie. Nachdem er 1853 unter die Garde-Pioniere getreten, und 3 Jahre lang die königl. Ingenieurschule besucht hatte, diente er seit 1857 zu Erfurt, Kumburg und Neisse als Ingenieur-Offizier. Angeregt durch die Forschungen des Innern Afrikas, trat er 1859 aus dem Militär aus, studierte in Breslau orientalische Sprachen, Astronomie und Naturwissenschaften, und ging 1860 über Trief nach Ägypten, bereiste die Niländer, und hielt sich mit dem Schweizer Werner Munzinger auch einige Zeit in den Bogosländern auf. Nach 11 Monaten kehrte er, am Fieber leidend, in seine Heimath zurück. Mit Unterstützung aus dem Ritter- und andern Fonds für diese Zwecke durch Dr. Petermann verließen, reiste er den 26. Dezember 1861 wieder nach Afrika ab. Seine Aufgabe ist es, von Norden her über Marokko nach dem Lande Wadai zur Erforschung der Schifffahrt des Nils zu dringen, während die v. Heuglin'sche Expedition zum denselben Zwecke von Osten aus vordringen sollte.

L Jaraczewo, 18. August. [Verhaftung.] In Nr. 167 dieser Zeitung hatte ich Ihnen von der Verhaftung eines hiesigen Bürgers Leon Cz. wegen dringenden Verdachtes eines Meineids berichtet. Leon Cz. hatte nämlich beides, er habe gesehen, wie ein Schäfer am 12. November v. J. auf dem Acker des Wirthes Franz Pr. in Kowecie Schweine gehütet, während jener Schäfer vermittelst acht Beuten nachwies, daß er schon Mitte Oktober diese Schweine verkauft hatte. Leon Cz. war nun wegen Meineides in Untersuchungshaft, aber auch gegen den Wirth Franz Pr. entstand natürlich der Verdacht, er habe den Cz. zum Meineide verleitet. Dieser Verdacht verstärkte sich, als Pr. gleich nach dem ersten Termine, den er in dieser Angelegenheit hatte, seinem Schwiegerjohne seine Wirthschaft verpachtete und auch foglich übergab. Außerdem hat er sich auch noch dadurch, daß er für seinen Freund Leon Cz. Entlassungszeugnisse ausfachte, um ihn aus der Klemme zu ziehen, in die Widerprüch verwickelt, daß er am letzten Sonnabend von einem Termine, den er deswegen in Schrimm hatte, nicht mehr entlassen, sondern wegen Verdachtes der Verleitung zum Meineide, inhaftirt wurde.

In demselben Berichte hatte ich auch erwähnt, daß gegen Leon Cz. noch andere Prozesse wegen Meineides schweben; in allen diesen ist Franz Pr. mehr oder weniger mit verwickelt.

Samter, 18. August. [Turnverein.] Nachdem sich seit einiger Zeit am hiesigen Orte für die Gründung eines „Männer-Turnvereins“ reges Interesse gezeigt, wurde gestern unter dem Vorherrsche des Herrn Kreisrichter Köster zu diesem Zwecke eine Versammlung abgehalten. Es waren 29 Personen erschienen, welche die Gründung des Vereins beschloßen und einen interimsistischen Vorstand wählten. Der Letztere wird die Statuten entwerfen und in einigen Tagen vorlegen. Den Turnplatz gewährt Herr Kunstgärtner Köster von hier. Die Theilnahme an dem Verein, bei welcher der Unterschied der Nationalität außer Acht gelassen ist, verpflichtet eine bedeutende zu werden und es wird sich auch die Geselligkeit am hiesigen Orte dadurch heben.

Landwirthschaftliches.

r Wollstein, 18. August. Die jetzige sehr warme Witterung wirkt günstig auf den Wein und unsere zahlreichen Weinartenbesitzer, die bei der früheren nassen und feuchten Witterung eine diesjährige Weinlese bereits aufgaben, schöpfen von Neuem Muth und erwarten wenigstens einen mittelmäßigen Weintrag. — Unsere Seidenzüchter haben diesmal nur einen sehr geringen Ertrag an Kokons erzielt, weil ein sehr großer Theil der Seidenraupen, in Folge der frühen Witterung im Juni, eingingen. Es dürfte hier an der Stelle sein, die Unheimlichkeit des Witterungsbesitzers Bandelow auf Tucherei hervorzuheben, der seine ausgedehnten Maulbeerbaumplantagen den Seidenzüchtern in hiesiger Nähe unentgeltlich zur Benutzung überläßt.

Vermischtes.

* [Volkswirthschaftliches.] Am Freitag Abend sprach der Abgeordnete des dritten hiesigen Wahlkreises Herr Schulze vor den zahlreich erschienenen Wahlmännern und Urwählern dieses Kreises über den deutsch-französischen Handelsvertrag. Derselbe erörterte zunächst, wie unter den verschiedenen Völkern die natürlichen Verkehrsbedingungen, unter denen allein gedeihliche Handelsbeziehungen angeknüpft werden könnten, zu ihrer Entwicklung gelangten, und knüpfte daran den großen Grundsatze der Arbeitstheilung an, der als der größte Kulturhebel zu gelten habe. Die Wirkungen der Arbeitstheilung machten sich in verschiedenen Richtungen bemerkbar. Es werde dadurch die Leistungsfähigkeit des Arbeiters erhöht, indem seiner Neigung und Begabung Rechnung getragen werde und er in seinem Specialfach größere Uebung erlange; dann gewähre sie eine Erparnis an Mühe und Arbeit und bewirke, daß nicht ein Jeder zu den verschiedenartigen Bedürfnissen Kapital und Arbeitsvorrichtungen sich beschaffen müßte. Im Uebrigen stelle sich, wenn man seine Bedürfnisse mit seinen Leistungen vergleiche, immer heraus, daß man bei Befriedigung seiner Bedürfnisse mehr auf Andere, als auf sich selbst angewiesen sei. Einer bedürfe des Andern, das sei auch der mächtigste Kitt der menschlichen Gesellschaft. Nebenberührte hierauf die Mitwirkung der Naturkräfte bei Herstellung der Fabrikate. Arbeit und Naturkraft seien die beiden Faktoren aller Produktion und es gelte der Fundamentalsatz, daß der Mensch um so leichter arbeite und um so mehr schaffe, je mehr ihn die Natur bei Hervorbringung seiner Produkte unterstütze. Wie nun der Mensch selbst verschieden begabt sei, und dadurch vorzugsweise eine bestimmte Arbeit treiben könne, so haben auch die vereinzelten Länder ihre verschiedene Ausstattung, oder Begabung an Produkten und Erzeugnissen, welche das eine Land zu dieser, das andere zu jener Produktion vorzugsweise fähig machten. — Wie ein Mensch von hervorragenden geistigen Eigenschaften seinen Vortheil dabei finden würde, wenn er sich Red oder Stiefeln selbst verfertigte, so würde auch ein Staat und seine Bewohner nicht wohlberathen sein, wenn sie Produkte, welche einem anderen Staate eigenthümlich, zu erzeugen versuchen wollten, nur um das Geld nicht aus dem Lande zu lassen. Auch die Länder müßten unter sich nach einer Art internationaler Arbeitstheilung mit einander verkehren, und da sei es zu empfehlen, daß der Umtausch der Produkte oder des Geldes für die Produkte so wenig wie möglich beschränkt werde. Prinzipiell ständen sich nun Handelsfreiheit und Schutz Zoll der Arbeit gegenüber. Nebenberührte nun diese bekannten Gegensätze. Wer die Lebensbedürfnisse der Arbeiter und die Rohstoffe vertheure, schädige die Arbeit nicht. Will man Absatz nach Außen, so muß man auch fremde Produkte einlassen. Der Ausschluss von der internationalen Theilung der Arbeit und damit vom Weltmarkt führe den Verlust der Konkurrenzfähigkeit herbei. Man könne nicht an den Gesamtfortschritt Theil nehmen, und alle Länder, die so sich abschließen, kämen zurück, mindestens nicht vorwärts. Es sei am besten, überall dasjenige zu produziren zu suchen, worin man am meisten leiste und wo die Arbeit am ergiebigsten sei, denn die auf solche Weise herbeigeführte Steigerung aller Arbeitsprodukte führe zu der möglichst reichlichen und billigen Versorgung Aller mit Allem. — Auf Schutz Zoll dürfe wohl eine junge, unentwickelte Industrie Anspruch machen, nicht aber, wie die meisten Schutz Zöllner es wünschen, eine bereits bewährte Industrie. — Die Industrie des Zollvereins sei in den meisten Zweigen fähig, mit aller Welt zu konkurriren; der wahre Schutz der Arbeit bestehe aber in der Freiheit; das Privatinteresse würde sicher die Wege finden, Kapital und Arbeitskraft am besten zu verwerthen.

* Der Kaiser von Oestreich hat dem Vereine für das Hermannsdenkmal in Hannover 500 Gulden überandt.

* Der Herzog von Gotha hat dem bekannten Naturarzt Petsch (Apfelwein doktor) gestattet, sich in seinem Herzogthume behufs der Ausübung der Praxis niederzulassen und zu dem Zwecke eine Kuranstalt zu begründen. Letzterer ist in Folge dessen bereits in Gotha eingetroffen, hat sich daselbst in der belebtesten Gegend der Stadt ein schönes großes Haus gekauft und beabsichtigt nun seine in Berlin unterbrochene Thätigkeit zu erneuern.

* Bern, 13. Aug. In dem Gasthose „zu den drei Königen“ in Basel halten sich jetzt zwei Engländer auf, welche in Begleitung eines

Koofen auf einem 44 Fuß langen und 3 Fuß breiten Ruderboote den Rhein hinunter über den Kanal nach London fahren wollen. Das Unternehmen gilt einer Wette.

* Ein Herr Clements in Paris soll eine Vorrichtung an Klavieren erfunden haben, die Saiten mit einem Bogen zu streichen. Man könnte, wenn sich die Erfindung bewährt, gezogene und geschlagene Töne zusammen hervorbringen, also Gesang mit Begleitung darstellen.

* Nach neuen officiellen Berichten giebt es in Frankreich 5,390,000 schulfähige Kinder. Von dieser Anzahl gehen 1,940,000 in gar keine Schule, wachsen also ohne allen Unterricht auf, während die Hälfte der übrigen 3,450,000 Kinder die Schule nur während vier Monate im Jahre besuchen.

* Vor einigen Tagen sind in Liverpool von Seiten der Behörden und unter Beisein der Beamten verschiedener Versicherungsgesellschaften Versuche über die Entzündbarkeit des rohen Petroleum gemacht. Beide versuchte Sorten, sowohl Canada- als Philadelphia-Del entzündeten sich sehr rasch aber ohne Explosion, wobei die letztere Sorte lebhafter brannte. Die Flammen waren jedoch sowohl durch Wasser wie durch „Philipp's Feuervertilger“ leicht zu dämpfen. Um die Explosionsfähigkeit des Dels weiter zu prüfen, wurde ein großes Quantum Del auf den Boden gegeben und entzündet und es zeigte sich auch, daß eine Gefahr durch Explosion nicht zu befürchten sei.

* In voriger Woche wurde der Montblanc von einer jungen Engländerin, Miß Walker, bestiegen. Es ist die fünfte Dame, welche dieses Wagnis ausgeführt.

Angelommene Fremde.

Vom 18. August.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Bagowski aus Polen, v. Chlapowski aus Turwia, v. Swinarska aus Gofajzyn und v. Radowski aus Pilepole, kaiserl. russischer Hofrath Werczypaski aus Petersburg, die Gutsbes. Frauen v. Chodacka aus Fabianowo, Grodzicka aus Stupce und Wolczynska aus Kutzewo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Jurkiewicz aus Lechlin, v. Skorzewski aus Komorze, Szabder aus Szwabow, v. Chelmicki aus Gosciewo, v. Wilkosi aus Gwalibogowo, v. Trampczowski aus Grybowo und Frau v. Baranowska aus Gwalibogowo, Bürger Müller aus Garmatow, Rentier v. Zembowski aus Skwono, die Gutsbesitzer Leiner aus Babin und Szwagowski aus Pawlowo.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Diefelbarth aus Berlin, Frau Oberamtmann Kinder aus Mochow, Fräulein Lange aus Schrimm, Hüttenfaktor Köppen aus Neustadt, Privatmann Wolsche aus Landsberg und Baumeister Wolf aus Breslau.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Gutsbesitzer Stranz aus Koldrab, die Kaufleute Haase nebst Frau aus Pleiden, Fräulein aus Stettin und Schreier nebst Frau aus Konin, Frau Kaufmann Mellich aus Wlozlaw und Buchhalter Lewin aus Niedzwied.

Vom 19. August.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Partikuliers Baron v. Hopfgarten aus Schwerin, zur Mühlen aus Berlin, v. Kalfreuth und v. Brederlow aus Spandau, die Rittergutsbesitzer v. Gonsauge aus Nageburg, Zahnte aus Spier und v. Petrofski aus Polen, Hauptamts-Rendant König aus Straßburg, Repräsentant der Elbingerhütte Adersmann aus Babel und Eigenthümer Hollenheime aus Eisenhöhe.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittergutsbesitzer Graf v. Westarp aus Ludom, Ober-Kammerrath Nötters aus Ribda, die Kaufleute Lude aus Berlin, Segall aus Hamburg, Stern aus Leipzig, Reis aus Breslau, Michels aus Köln und Müller aus Stettin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Hagel aus Frankfurt a. M., Striegel aus Bremen, Haas aus Mainz, Weber und Wimmerberg aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Skarzynski aus Sokolowo, Probst Wyczyński aus Kulmsee, Landwirth Neumann aus Wlozowice und Kaufmann Wolsche aus Pila.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Horn aus Waldshut, v. Böschbrand aus Schleifstadt, Rannhoben und v. Schulzenborn aus Langenau, Fabrikant Steffen aus Halle, die Kaufleute Anker aus Magdeburg, Fülleborn und Niebe aus Berlin.

SCHWARZER ADLER. Geistlicher Jezierski aus Slawno, Wirthschafts-Inspettor Wyczyński aus Gebie, Gutsbesitzer Janowski aus Koczynowo, die Rittergutsbesitzer Rohmann aus Pogorzela, Rohmann und Hauptmann a. D. Rohmann aus Chryzow.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Radowski aus Dominowo, v. Zembowski aus Kudzyn, Graf Mielicki aus Chociczowice und v. Roznowski aus Carbinowo, die Gutsbes. Frauen v. Wilczynska aus Szwono und v. Wasierowska aus Oczkowice, Geistlicher Binek aus Udonie, Advokat Morawski aus Mies und Bürger Abau d'Elben aus Warchau.

HOTEL DE PARIS. Apotheker Gajda, Kaufmann Cynka und Stadtkretär Distler aus Pinn, Doktor Korfni aus Inowracław, Frau Dugolecka aus Czerniewo, Rechtsanwält Bolonski aus Rogasen, Baumeister Perzyski aus Wreschen, die Gutsbesitzer v. Nowicki aus Mies, v. Bojanowski aus Carbinowo und Gertig aus Pokrzywno.

HOTEL DE BERLIN. Schieferdeckermeister Wegner nebst Frau aus Magdeburg, Baumeister Ober aus Gnesen, Frau Kaufmann Mahler aus Bülchau, Frau Bürger Matyszenoska und Fräulein Matyszenoska aus Warchau.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen.
Abtheilung für Zivilsachen.

Posen, den 9. Februar 1862.

Die dem Apotheker Eduard Hermann Jacobi gehörigen, vereint bekanten und bewirthschafteten, zu Stetzow sub Nr. 129 und 130 belegenen Grundstücke, bestehend aus einem zweistöckigen massigen Wohnhause, worin zur Zeit eine konfessionelle Apotheke und eine Gastwirthschaft sich befindet, einem Hofraum mit Stallungen, und einem Garten, welcher letztere von dem Grundstücke Nr. 131 angeschlossen ist, abgetheilt zufolge der nebst Hypotheken in der Registratur einzusehenden Tage, und zwar:

1) das Grundstück Nr. 129 einschließlich der Apotheken-Vertheilung inkl. Vorräthe und Utensilien auf 13,580 Th. 8 Sgr. 4 Pf.

2) das Grundstück Nr. 130 auf 4129 = 22 = 1 = überhaupt auf 17,710 Th. — Sgr. 5 Pf. sollen am

20. September 1862

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die dem Aufenhalte nach unbekanten Gläubiger, nämlich:

1) die verwitwete Kaufmann Karoline

Pursche geb. Müller, früher zu Züterbohl wohnhaft;

2) die Apotheker Bergemannschen Eheleute, früher zu Breslau wohnhaft;

3) der Kaufmann Robert Pursche, früher zu Züterbohl wohnhaft,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgericht zu Ostrowo.

Das adeliche Rittergut Lesiona, Kreis Adelnau, nebst Zubehör, mit einem Flächeninhalt von 1737 Morgen 38 □ Rth., worunter 163 Morgen 12 □ Rth. Wald, landwirtschaftlich abgetheilt auf 42,188 Thlr. 9 Sgr. 8 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenbuche und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 23. Oktober 1862

Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Zugleich werden alle diejenigen, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern beanspruchen, hiermit aufgefordert, sich damit bei dem Subhastationsgericht zu melden.

Ostrowo, den 2. März 1862.

Bekanntmachung.

Die der Synagogengemeinde gehörige Badeanstalt, Teichstraße Nr. 10, desgleichen die in dem Fleischhause, Teichstraße Nr. 4, belegenen Fleischverkaufsstellen, eine dort befindliche Parterre- und eine Dachwohnung, so wie ein Hinterhof und eine in dem Hause, Judenstraße Nr. 16, befindliche Parterrewohnung sollen in dem auf

Donnerstag den 21. August d. J.

Nachmittags 3 Uhr

in unserem Synagogenbureau hierzu anberaumten Termine auf ein Jahr, vom 1. Oktober d. J. bis dahin 1863, im Wege der Versteigerung vorbehaltlich der Genehmigung der Repräsentantenversammlung vermiethet werden.

Klestanten werden zu diesem Termine mit dem Bemerkten eingeladen, daß die betreffenden Bedingungen in unserem Bureau zu erfahren sind.

Posen, den 15. August 1862.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Bekanntmachung.

Nach §. 11 der Vorschriften für die königliche Bauakademie zu Berlin vom 18. März 1855 muß die Meldung zur Aufnahme in diese Anstalt vor dem 8. Oktober c. schriftlich bei dem unterzeichneten Direktor erfolgen, und die Befähigung zugleich durch die Einreichung der in §. 12 resp. 14 gedachter Vorschriften, so wie

der in dem Nachtrage vom 1. November 1859 geforderten Zeugnisse und Zeichnungen nachgewiesen werden.

Die Vorschriften vom 18. März 1855 für die königliche Bauakademie sind bei dem Kanzleirath Niehl im Bauakademiegebäude käuflich zu haben.

Berlin, den 16. August 1862.
Der Geheimen Ober-Baurath und Direktor der königlichen Bauakademie.
gez. Russe.

In einer stillen Familie finden einige Pensionäre vom 1. Okt. freundliche Aufnahme. Gültige Auskunft ertheilt Herr Rechnungs Rath Dochhorn, St. Martin 60.

Ein Grundstück, 3 Meilen von Posen, von 170 Morgen Mittelboden inkl. 40 Morgen Weide, zinsfrei, mit freier Weide in der königl. Forst ist aus freier Hand bei 3000 Thaler Anzahlung zu verkaufen. Kauflustige wollen sich unter S. 11. bei der Exped. d. Stg. franco melden.

Eine neu erbaute Mühle mit drei Mahlgängen und einem Graupengang, einem Wohnhause und circa 23 Morgen Land (tutnischen Maasses), mit sicherer Kundschaft und in der unmittelbaren Nähe einer verkehrreichen Provinzialstadt, ist zu solidem Preise zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Briefe der Rechtsanwält Lewald in Marienwerder.

Das Geschäfts-Bükket

vermittelt in neuer, diskreter und würdiger Weise alle Verkäufe, Verpacht., Associe-gesuche von Gütern, Etablissements, Fabriken u. ohne Unterhändler und ohne vorherige Kosten. Das Blatt empfiehlt sich daher Allen, welche dergl. reelle und direkte Angebote suchen, und wird ohne sonstige Bedingungen Jedem gegen ein monatl. Porto von 5 Sgr. (Postmarken) franco überant. Prospekt gratis. Briefe und Geschäftsanträge franco an A. Netemeyer's Zeitungs-Bureau in Berlin.

Germania.

Lebensversicherungs-Gesellschaft. Dem Herrn C. F. Peter hier, Wilhelmstraße Nr. 26, ist eine Agentur unserer Gesellschaft übertragen worden.

Posen, den 12. August 1862.
Die Hauptagentur
Siegmund Aschheim,
Hotel de Saxe.

Tüchtige Agenten werden gesucht.

Die Wasserheilanstalt

zum Bergquell bei Frauendorf

nimmt zu jeder Zeit Kranke auf. Anmeldungen in der Anstalt oder in meiner Wohnung, Breitestr. 30.

Dr. Weber.

